

LANDTAGS NACHRICHTEN

5. Dezember
9 / 2012
www.landtag-mv.de



+++ Sportland M-V – Chancen und Herausforderungen +++ Debatte zum NPD-Verbotsverfahren +++ Volksinitiative
Gerichtsstruktur +++ Energiewende – erneuerbare Energien und Netzausbau +++ Volksaufstand 17. Juni 1953 +++
Jugendgeschichte 2012 +++ Bleiben statt blubbern – Jugend im Landtag 2012 +++ Bauen am Schloss



3	GASTKOLUMNE	„Noch viel Luft nach oben“ Kommentar von Katrin Aue, Redakteurin für die Nachrichtenagentur dapd, zum Thema Energiewende
4 – 19	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Sportland Mecklenburg-Vorpommern – Chancen und Herausforderungen“
6 – 11	BERICHTE	
6		Volksinitiative Gerichtsstruktur
7		Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit
8		Erneuerbare-Energien-Gesetz und Netzausbau
9		Volksaufstand am 17. Juni 1953
10	WEITERE BESCHLÜSSE	Integrationsförrerrat Gesetzesnovellen infolge geänderter Zuständigkeiten von Ministerien Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen Wahlprüfung Landtagswahl 2011 Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz Immunitätsangelegenheiten
11 – 19	ORIGINAL-DEBATTE	Beratung des Antrages der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „NPD-Verbotsverfahren baldmöglichst einleiten“
20 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Energieausschuss:</i> Besuch des Landesentrums für erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern (LEEA) Neustrelitz <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Plenartagung Ausschuss der Regionen AG „Erneuerbare Energien“ der Ostseeparlamentarierkonferenz <i>Innenausschuss/Finanzausschuss:</i> Zwischenbilanz Landkreisneuordnung
22 – 26	PANORAMA	Jugendgeschichtstag 2012 Parlamentsspiel im Landtag „Bleiben statt blubbern“ – Jugend im Landtag 2012
27	SCHLOSSGESCHICHTEN	Fernwärme für das Schweriner Schloss Fassadensanierung im Innenhof
28	CHRONIK	Titelfoto (Uwe Sinnecker) Schloss Schwerin, Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Noch viel Luft nach oben

Drei Nachrichten aus den vergangenen Monaten: Die Schneedecke der Arktis hat sich laut dem Institut „Environment Canada“ seit 1979 von neun Millionen auf drei Millionen Quadratkilometer verkleinert. Die Gletscher in den bayerischen Alpen könnten infolge des Klimawandels in 20 bis 30 Jahren verschwunden sein, geht aus dem ersten bayerischen Gletscherbericht hervor. Und in der sich erwärmenden Ostsee vermehren sich laut dem Fachmagazin „Nature Climate Change“ krankmachende Bakterien, etwa *Vibrio vulnificus*, einem Erreger von Durchfall, Blutvergiftungen und Wundinfektionen.

Die Auswirkungen des vom Menschen gemachten Klimawandels sind längst nicht mehr zu übersehen, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Zum Glück passiert im Land relativ viel für eine klimaschonende Energieversorgung der Zukunft. Schließlich bietet die Energiewende für das Land auch „große wirtschaftliche Chancen“, betonte Energieminister Volker Schlotmann (SPD) im Oktober.

2009 waren laut Statistischem Bundesamt im Nordosten 51,8 Prozent der Nettostromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Zum Vergleich: In Brandenburg waren es 18,8 Prozent, in Niedersachsen 21,7 Prozent. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern Spitzenreiter in dieser Statistik. Dennoch ist noch viel Luft nach oben: Während in Brandenburg und Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 Windenergieanlagen mit einer Leistung von rund 4.680 Megawatt und 3.741 Megawatt installiert wurden, waren es in Mecklenburg-Vorpommern 1.720 Megawatt. Auch Fotovoltaik-Anlagen werden trotz der geringen Bevölkerungsdichte im Land anderswo mehr gebaut.

„Während der Klimawandel immer dramatischere Ausmaße annimmt, gönnt sich Deutschland Debatten, in manchen Bereichen Stillstand.“

Es scheint paradox: Während der Klimawandel immer dramatischere Ausmaße annimmt, gönnt sich Deutschland Debatten, in manchen Bereichen Stillstand. 2012 führten manche geradezu Krieg gegen die Energiewende.



Foto: privat

Katrin Aue arbeitet als Redakteurin für die Nachrichtenagentur dapd.

Es fing im Frühjahr an, als das Horrorszenario eines großflächigen Stromausfalls die Runde machte, der „Blackout“. Kurz gesagt ging es darum: Die erneuerbaren Energien seien eine feine Sache, aber wetterbedingt zu unberechenbar. Deshalb müssten die konventionellen Energien gestärkt werden, etwa Braunkohlekraftwerke, echte Klimasünder. Ab Sommer folgte die Debatte über steigende Strompreise. Auch in der Landtagsitzung Ende Oktober ging es darum. „Strom wird zum Luxusgut“, sagte etwa die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Mignon Schwenke.

Es stimmt: Die Preise für Energie steigen, was besonders Geringverdiener belastet. Allerdings gibt es dafür diverse Gründe. Laut Berliner Öko-Institut sind dafür zu 17 Prozent die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen bei der Ökostromumlage verantwortlich. Trotzdem war ein Schuldiger schnell gefunden: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich etwa forderte die Abschaffung der Ökostromsteuer, weil überhöhte Strompreise „zu einer schleichenden Deindustrialisierung Deutschlands führen könnten“.

Zwar zweifelt im Schweriner Landtag offenbar niemand fundamental am EEG. „Kein Mensch steht auf der Bremse“, sagte etwa der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Waldmüller. Es gehe nur um einen „geregelten Ausbau der erneuerbaren Energien“.

Doch während über die Zukunft des EEG diskutiert wird, verstreicht wertvolle Zeit. Zeit, die zum Beispiel dafür verwendet werden sollte, die Stromnetze auszubauen. Denn daran hängt derzeit der Ausbau der Offshore-Windenergie. Dafür ist natürlich nicht Mecklenburg-Vorpommern allein verantwortlich. Im Gegenteil. Der Spielraum, den das Land in den wirklich wichtigen Fragen der Energiewende hat, ist relativ klein. Umso ermutigender sind Initiativen, die „Energiewende von unten“ machen. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald etwa bekam im November einen Preis im Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“ für eine stromsparende Methode, einen Serverraum zu kühlen. Glückwunsch!

Katrin Aue

„M-V ist ein Sportland“

In der Aktuellen Stunde wurde mehr Unterstützung für Sportler gefordert

Die Abgeordneten befassten sich in der Aktuellen Stunde des Landtages am 24. Oktober mit der Sportförderung im Land. „Sportland M-V – Chancen und Herausforderungen“ hieß das Thema, das die CDU beantragt hatte. Die Koalitionsfraktionen wiesen unter anderem auf das zunehmende Interesse der Bevölkerung an sportlichen Aktivitäten hin. Die Opposition kritisierte Defizite in der Breitensportförderung. Einig waren sich die meisten Redner bei der Forderung nach mehr Unterstützung für Breiten- und Spitzensport.

Fotos: Uwe Bajewski



Wolfgang Waldmüller (CDU)

Nach Angaben des von **Wolfgang Waldmüller** (CDU) sind mehr als 230.000 Mitglieder im Landessportbund organisiert. Dies seien rund 14 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern. „Sie treiben Sport, engagieren sich ehrenamtlich in 1.896 Vereinen im Land. Deshalb ist der Sport eigentlich stets ein aktuelles politisches Thema“, begründet er die Wahl des Themas. Der Landessportbund erhalte insgesamt eine Förderung von 8,7 Millionen Euro. In einem fraktionsübergreifenden Beschluss wurden weitere 600.000 Euro für den Sport zur Verfügung gestellt. „Das Parlament hat damit ein sehr deutliches Zeichen, ein Signal für die Unterstützung des Spitzen- und Breitensports gesetzt“, sagte Waldmüller. Er ermunterte finanzschwache Kommunen, für die Sanierung ihrer Sportstätten Geld aus dem 50 Millionen Euro umfassenden Kofinanzierungsfonds der Landesregierung zu beantragen.

Die Linke-Abgeordnete **Simone Oldenburg** sieht Reserven bei der Breitensport-Förderung. Eine richtige Unterstützung sei die Voraussetzung für internationale Erfolge im Leistungssport. „...der Weg zum Leistungssport führt stets über den Breitensport“, sagte sie. Allerdings schlepe sich das erfolgreiche Projekt „Bewegte Kinder“ seit 2011 mit einer Übergangsregelung dahin. Oldenburg forderte, es in ein dauerhaftes Landesprogramm umzuwandeln. Seit dem Jahr



Simone Oldenburg (DIE LINKE)

2000 seien durch dieses Projekt mehr als 30.000 Kita-Kinder an den Sport herangeführt worden. Die Zahl der bis Sechsjährigen in den Sportvereinen sei durch das Projekt binnen zehn Jahren von 6.000 auf 13.000 gestiegen. „Alles spricht dafür, diese Erfolge im Sinne der Kinder, im Sinne einer präventiven Sportförderung zum Landesprogramm ‚Bewegte Kinder‘ werden zu lassen“, unterstrich die Parlamentarierin.



Rudolf Borchert (SPD)

Der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert** verwies auf die Bedeutung des Sports für die Entwicklung von Persönlichkeiten und von Sozialkompetenz. Mecklenburg-Vorpommern sei trotz aller Kritik ein Sportland. „Neben den Erfolgen im Breitensport einerseits stehen vor allen Dingen auch die Erfolge gerade im Behinderten- und Rehabilitationssport gleichwertig auf einer Höhe“, betonte er. „Natürlich braucht der Sport Geld – und dabei muss man deutlich sagen, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern nicht die besten Karten.“ Das Land gehöre nicht zu den wirtschaftsstärksten Ländern. „Das, was in anderen Bundesländern im Sponsoring-Bereich läuft, läuft bei uns eben nicht“,

sagte er. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge für Vereinssport sei bei relativ geringen Einkommen nicht so hoch. Die Kommunen hätten oft finanzielle Probleme. Auch das Geld für den Spitzensport, das der Bund zur Verfügung stellt, reiche nicht.



Wirtschaftsminister Harry Glawe

„Mecklenburg-Vorpommern ist Sportland, und daran wird sich nichts ändern“, betonte auch Wirtschaftsminister **Harry Glawe**, der seine Rede in Vertretung des Innen- und Sportministers Lorenz Caffier hielt. Rund 14 Prozent der Menschen treiben seinen Worten nach in Vereinen Sport – doppelt so viele wie vor 20 Jahren. Eine Herausforderung sei allerdings die Zukunft der Investitionsprogramme für den Sportstättenbau. Zusätzlich zum Geld des Landes seien auch künftig EU-Mittel nötig. „Nur so werden wir landesweit in den kommenden Jahren erreichen, die Sportinfrastruktur aufrechtzuerhalten und zu verbessern“, sagte Glawe. Doch die Zuweisungen aus Brüssel werden abnehmen. In den Jahren 2011 und 2012 wurden dem Minister zufolge jeweils mehr als 13 Millionen Euro aus EU-, Bundes- und Landesmitteln in den Sport im Nordosten investiert.



Udo Pastörs (NPD)

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warf der CDU vor, das Thema verfehlt zu haben. „Aktuell wäre gewesen, wenn Sie hier

heute über die 3,8 Millionen der verschwundenen Gelder für die Altersversorgung der Werftarbeiter Stellung bezogen hätten. Oder aktuell wäre natürlich auch gewesen, wenn Sie sich auseinandergesetzt hätten mit den Vorkommnissen in Bezug auf die brutale Vergewaltigung einer jungen Frau in Rostock, die über Tage einem polizeibekanntem Sexualstraftäter ausgeliefert war“, sagte er. Er forderte eine Trennung von Sport und Politik. In den Vereinen werde „Gesinnungsschnüffelei“ betrieben. Er verlangte zudem, die 8,7 Millionen Euro Förderung auf 9,6 Millionen Euro aufzustocken und dass „in den Schulen wieder flächendeckend qualifizierter Sport angeboten werden kann“.



Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sport ist nach Meinung der Grünen-Abgeordneten **Silke Gajek** ein wichtiges Thema, über das geredet werden sollte. Flächendeckender Breitensport diene auch der Demokratie, betonte sie. Die Vereine sollten ihrer Meinung nach mehr in den Schulen tätig werden, um mehr Kinder zu erreichen. Sie würdigte in diesem Zusammenhang Eltern und Übungsleiter, die meist ehrenamtlich aktiv sind und so dafür sorgen, dass Training und Wettkämpfe stattfinden können. Die Abgeordnete kritisierte die personelle Zusammensetzung des Präsidiums des Landessportbundes. Dort saßen die sportpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen in der Zusammensetzung des Parlaments von 2006, sagte sie. Die Grünen sind 2011 in den Landtag eingezogen. Gajek sprach sich generell gegen Landespolitiker im Präsidium aus. Vereine sollten parteiunabhängig sein, sagte sie.

Sport im Verein

Laut Statistik des Landessportbundes treiben in Mecklenburg-Vorpommern 232.516 Menschen im Verein Sport, 99.700 davon sind Kinder und Jugendliche. Unter dem Dach des Landessportbundes Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LSB M-V e.V.) sind 1.896 Sportvereine, Stadt- und Kreissportbünde sowie Landesfachverbände organisiert. www.lsp-mv.de

Fotos: Uwe Balewski

Für eine bürgernahe Gerichtsstruktur

Kontroverse Debatte zu Reformplänen der Regierung

Der Streit um die geplante Gerichtsreform in Mecklenburg-Vorpommern fand am 24. Oktober im Landtag eine Fortsetzung. Das Plenum stimmte zunächst einhellig einer Volksinitiative für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur zu. Zugleich erklärte das Parlament mit den Stimmen von Rot-Schwarz, die von der Landesregierung geplante Reform stehe nicht im Widerspruch zum Anliegen der Volksinitiative. Das sieht die Opposition anders: Linke und Grüne warfen dem Regierungslager vor, den Willen der 36.000 Unterzeichner zu missachten.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, **Detlef Müller** (SPD), sieht in der Volksinitiative „keine pauschale Absage“ an das Reformkonzept der Landesregierung. Die Unterzeichner wollten „die Präsenz der Justiz in der Fläche“ erhalten und den Zugang von Bürgern und Unternehmen zum Recht nicht unangemessen erschweren. Dieses Anliegen werde

Foto: Jens Büttner



Wie Ludwigslust wollen auch andere Gemeinden ihre Amtsgerichte behalten.

der Landtag bei der Beratung des Gesetzentwurfs berücksichtigen, gab er die Empfehlung des Ausschusses nach den Beratungen wieder. Die Zustimmung zur Volksinitiative sei im Ausschuss einstimmig erfolgt. Der Entschließung stimmte die Mehrheit von SPD/CDU-Abgeordneten zu, sagte Müller. Darin wird unter anderem festgestellt, dass die vom Justizministerium geplante Reform „dem zentralen Anliegen der Volksinitiative größtenteils Rechnung trägt“.

Stefanie Drese (SPD) verwies auf den anhaltenden Bevölkerungsrückgang. Auch rückläufige Fallzahlen und sinkende Solidarpaktmittel erforderten eine Änderung in der Gerichtsstruktur. „Auch Vertreter der Volksinitiative haben im Rahmen der parlamentarischen Anhörung grundsätzlich deutlich gemacht, dass Anpassungsbedarf besteht“, betonte sie. Die Fachleute hätten eine Reduzierung der Anzahl von Amtsgerichten um etwa ein Viertel als vertretbar bezeichnet. Mecklenburg-Vorpommern hat ihren Worten nach im Bundesvergleich – bezogen auf die Einwohnerzahl – die höchste Gerichtsdichte.

DIE LINKE dagegen betrachtet ihrer Abgeordneten **Barbara Borchardt** zufolge das Anliegen der Volksinitiative als gescheitert. Die Koalitionsfraktionen hätten lediglich „formell“ zugestimmt. Mit dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen seien Sinn und Absicht der Volksinitiative komplett ins Gegenteil verkehrt worden. Dies komme einer Verhöhnung der Initiative und ihrer vielen Unterstützer gleich. Die 36.000 Menschen hätten die Volksinitiative ja gerade deshalb unterstützt, weil sie nicht mit der Amtsgerichtsstruktur-Reform der Landesregierung einverstanden sind.

Andreas Texter (CDU) betonte, die Volksinitiative stehe den aktuellen Reformplänen nicht entgegen. Man müsse bei der Diskussion auch bedenken, was sich das Land leisten könne. Die Reform ändere nichts an der Verlässlichkeit der Justiz. Dies sei garantiert. Zudem gehe durch die Reform kein einziger Arbeitsplatz verloren, sicherte er zu.

Nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Michael Andrejewski** gibt es, wenn die Reformpläne umgesetzt werden, kein funktionsfähiges Gerichtswesen mehr im Land. Die Wege für die Bürger würden sich verlängern, wenn Amtsgerichte schließen. Die Unterzeichner der Volksinitiative hätten mit ihrer Unterschrift ein klares „Nein“ zur geplanten Reform zum Ausdruck gebracht, das von den Koalitionsfraktionen nun zum „Ja“ uminterpretiert werde.

Der Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Jürgen Suhr**, warf SPD und CDU eine bewusste Missachtung des Willens von mehr als 35.000 Bürgern vor. Die Koalitionsfraktionen würden auch über die Meinung zahlreicher Experten hinweggehen, die in der Anhörung ihre Bedenken geäußert hatten. Dieses Verhalten sei inakzeptabel, sagte er. Der Text der Entschließung stehe dem Anliegen der Volksinitiative konträr entgegen. „Die Volksinitiative setzt sich für den Erhalt der bestehenden bürgernahen Strukturen der Amtsgerichte ein, das sollte auch von den Abgeordneten von CDU und SPD erkannt worden sein“, betonte er. Dies würden SPD und CDU bewusst missverstehen. Das würde viele Menschen frustrieren, die sich „im besten demokratischen Sinne“ einmischen wollen.

Drucksachen 6/1021 und 6/1263



Foto: BUNDjugend M-V

Im Rahmen eines internationalen Workcamps der BUNDjugend M-V am Stettiner Haff 2011 sammeln Jugendliche aus Finnland, Polen, Litauen und Mecklenburg-Vorpommern auf der Vogelschutzinsel Riether Werder alte Backsteine zum Aufbau neuer Fledermausquartiere.

Mehr Geld für Jugendarbeit?

Landtag lehnt Antrag der Linken ab

Die Kinder- und Jugendarbeit im Land muss nach Ansicht der Linken besser unterstützt werden. Das Land gebe immer weniger Geld dafür aus, sagte **Jacqueline Bernhardt**, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, am 24. Oktober zur Begründung ihres Antrages im Plenum. Die Kommunen könnten den Rückgang der Mittel sowohl für die öffentlichen als auch für die freien Träger nicht ausgleichen. Deshalb fordere ihre Fraktion eine Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes.

„Die Landesregierung unternimmt nichts, um diese Entwicklung aufzuhalten. Stattdessen muss ein teurer Reparaturbetrieb im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe finanziert werden“, kritisierte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). „Unser Vorschlag, das KJFG zu novellieren und die Pro-Kopf-Förderung zu erhöhen sowie um die Altersgruppe der 6- bis 9-jährigen zu erweitern, könnte Abhilfe aus dem sich zuspitzenden Dilemma schaffen“, sagte sie.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** bekräftigte, dass die Kinder- und Jugendarbeit ein wichtiges Anliegen ist. Das sehe auch die Landesregierung so. Zukünftig werde jedes Kind, das eine Kita im Land besucht, auch im Haushalt berücksichtigt. Insgesamt sei im KJFG die Zuweisung der Mittel an die demografische Entwicklung gekoppelt, räumte sie ein. Aber die Absenkung analog dem Rückgang der Kinderzahl stoße an Grenzen. Man müsse über einen Sockelbetrag nachdenken. Jedoch die Förderung insgesamt zu erhöhen,

wie es die Linke fordert, wäre ihren Worten nach finanzpolitisch nicht umsetzbar.

Der SPD-Abgeordnete **Ralf Mucha** mahnte die Linke zu mehr „Augenmaß“ bei ihren Forderungen. Eine „Maximalforderungskeule“ lehne seine Fraktion ab. Es sei ein Irrglaube, dass damit die Probleme in der Fläche behoben werden könnten. Die Sozialdemokraten werden sich seinen Worten nach auf finanzpolitisch solide Art und Weise für eine Verbesserung der Kinder- und Jugendarbeit einsetzen.

Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprach sich dafür aus, über neue Rechenmodelle bei der Kinder- und Jugendförderung nachzudenken. Auch wenn es weniger Kinder gebe, würden die Ausgaben für das notwendige Personal bestehen bleiben. Sie kritisierte die befristeten Arbeitsverträge für Jugend-Sozialarbeiter, die oft nur für ein Jahr gelten würden. Das Problem einer nachhaltigen Jugendsozialarbeit müsse diskutiert werden. Deshalb stimmt ihre Fraktion auch einer Überweisung des Antrages in den Sozialausschuss zu, erklärte sie. „Wir sind es der Jugend schuldig, uns diesem Problem zu stellen.“

Eine solide Finanzierung ist nach Ansicht des CDU-Abgeordneten **Bernd Schubert** Voraussetzung für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit. Der Linken warf er vor, nur „Lobby-Forderungen“ übernommen zu haben, ohne Vorschläge zu unterbreiten, woher die Mittel stammen sollen.

Die NPD-Fraktion lehnt ihrem Abgeordneten **David Petereit** zufolge den Antrag ebenfalls ab. Dass die Zahl der unter 26 Jahre alten Einwohner abnehme, habe auch damit zu tun, dass viele Eltern abgewandert sind. Dies habe die Linke mit zu verantworten. Der Antrag sei unseriös.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der NPD abgelehnt. Die Mehrheit im Parlament stimmte auch der Überweisung in den Ausschuss nicht zu.

Drucksache 6/1221

Energiewende

Antrag der Grünen abgelehnt /
Koalitionsantrag zum Netzausbau angenommen

Die Umsetzung der Energiewende beschäftigte die Fraktionen gleich in zwei Landtagsdebatten am 25. Oktober. Die Abgeordneten bekannten sich zur verstärkten Nutzung von Ökostrom, der an der Küste als große Chance angesehen wird. Doch steigende Strompreise, Widerstände gegen Windparks auf See und ein stockender Netzausbau dämpfen den Optimismus. So wurden Forderungen nach Korrekturen bei der staatlichen Förderung laut, damit die Lasten für die Verbraucher erträglich bleiben. Doch äußerten die Abgeordneten Zweifel, dass es noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2013 zu grundlegenden Reformen kommen wird.

Ein Antrag der Grünen, mit dem die SPD/CDU-Landesregierung aufgefordert werden sollte, beim Bund auf die „Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hinzuwirken“, fand keine Mehrheit.

Das EEG ist nach Ansicht von **Johann-Georg Jaeger**, energiepolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Motor und Voraussetzung für die Energiewende in Deutschland. „Jedoch ist die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben. Notwendige Anpassungen im EEG sind dringend erforderlich, um die Strompreisentwicklung günstig zu beeinflussen“, sagte er. „Das Erneuerbare Energien-Gesetz ist grundsätzlich eine Erfolgsgeschichte.“ Der Anteil der Ökostromproduktion sei deutschlandweit um ein Viertel gestiegen. Mecklenburg-Vorpommern könne bis zum Ende des Jahres 80 Prozent seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien decken. „Für unser Land heißt das, dass wir in naher Zukunft Öko-Strom exportieren können, und aus diesem Grund sollten jetzt größte Anstrengungen auf die Entwicklung von Speicherkapazitäten und den Netzausbau gelegt werden“, forderte er. Die aktuelle Debatte um das EEG entzündete sich an der Anhebung des Strompreises von derzeit 3,59 auf voraussichtlich 5,28 Cent/Kilowattstunde. „Die massive Verteuerung der Strompreise hat aber Ursachen, an die wir herangehen müssen.“ Die Industrie erhalte immer größere Vergünstigungen, und so werden die Kosten des Ausbaus der Ökostrom-Produktion auf immer weniger Schultern verteilt. Er forderte eine Zurücknahme der weitreichenden Umlagebefreiung für die Industrie.

„Ihre Forderungen setzt die Landesregierung längst um“, entgegnete Energieminister **Volker Schlotmann**. Er verwies unter anderem auf Initiativen wie etwa zur verstärkten Nutzung der Windkraft auf See.

Nahezu einhellige Zustimmung gab es für den Antrag der Koalition zum Ausbau der Stromnetze. Der Minister bezeichnete den stockenden Ausbau als „Achillesferse der Energiewende“. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern biete die angestrebte Ablösung von Kernkraft und fossilen Brennstoffen

durch Wind, Sonne und Biomasse große wirtschaftliche Chancen, betonte Schlotmann. Das Küstenland sei prädestiniert für die Gewinnung von Windstrom auf See. Solche Offshore-Anlagen könnten große Strommengen liefern, das Land zum „Stromexporteur“ machen und energieintensive Unternehmen in den Norden locken. Doch gerade deshalb gebe es massive Widerstände aus anderen Bundesländern. „Im Süden und Westen hat man Angst vor dem Verlust von Industriebetrieben und Arbeitsplätzen“, sagte Schlotmann. Er verwahrte sich auch dagegen, die vor allem im Norden immensen Kosten des Netzausbaus nur auf die Verbraucher dort umzulegen. „Das muss solidarisch von allen getragen werden“, forderte er.

Auch der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Rudolf Borchert** hält das EEG für unverzichtbar. „Es darf nicht abgeschafft, sondern es muss erhalten und weiterentwickelt werden.“ Es müsse entrümpelt und von der sogenannten „Marktprämie“ befreit werden. Er bezeichnete es als positiv, dass vom Bundesumweltminister Unterstützung für die Verbindung zwischen den Windkraftanlagen Mecklenburg-Vorpommerns und den Verbrauchszentren im Süden Deutschlands signalisiert worden sei. Der Netzausbau in Mecklenburg-Vorpommern sei eine wesentliche Voraussetzung für die Anbindung der erneuerbaren Energieträger, insbesondere der Onshore- und Offshore-Technologie an die Übertragungsnetze. Er kündigte an, dass sich der Energieausschuss des Parlaments noch in diesem Jahr mit einer Studie zu Leistungsfähigkeit und Ausbaunotwendigkeiten des Stromnetzes im Nordosten befassen wird.

Nach Ansicht der Linken kommen Tarifmodelle für einkommensschwache Familien und die Energieeinsparung in der gegenwärtigen Diskussion zu kurz. Die Abgeordnete **Dr. Mignon Schwenke** sprach sich dafür aus, Anreize zum Stromsparen zu schaffen, und schlug eine „Abwrackprämie für stromfressende Elektrogeräte“ in Höhe von 200 Euro vor. Eine „wirkliche Energiewende“ erfordert ihrer Ansicht nach mehr als nur die Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien. „Sie erfordert auch die Abkehr von der zentralistischen Energieversorgungsstruktur, die über viele Jahrzehnte über Großkraftwerke gesteuert wurde“, sagte sie. Die Umstellung auf Öko-Strom passe dort nicht hinein. Sie solle aber dort hineingepresst werden, damit „Macht und Gewinne“ in wenigen Händen konzentriert blieben.

Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** kritisierte die „Überförderung“ bei den erneuerbaren Energien. Dadurch werde die Akzeptanz für Ökostrom in der Bevölkerung gemindert und dessen zügige Marktfähigkeit verhindert. „Die Effizienz bleibt auf der Strecke“, beklagte der Politiker. Er forderte eine stärkere Teilhabe für Bürger an Windparks oder Solaranlagen. Niemand stelle das EEG grundsätzlich in Frage. Aber der rein quantitative Ausbau erneuerbarer Energien müsse hinterfragt werden. Eine Reform sei nötig. Die Diskussion darüber ist seinen Angaben nach längst im Gange. Des Grünen-Antrages bedürfe es daher nicht.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** sieht im EEG „sozialen Sprengstoff“. Auf die Haushalte komme mit steigenden Strompreisen eine unzumutbare „Kostenlawine“ zu, während immer mehr Unternehmen von der Öko-Stromumlage

befreit würden. Das müsse sich ändern. Die NPD sei aber grundsätzlich auch für den Einsatz erneuerbarer Energien, weil die Vorkommen fossiler Rohstoffe begrenzt seien.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** glaubt nicht daran, dass das EEG noch in dieser Wahlperiode verändert werden könne. Dazu fehle die politische Kraft. Bei jeder Reform müsse darauf geachtet werden, dass die erneuerbaren Energien schnell marktfähig werden. In der Branche seien qualifizierte Arbeitskräfte nötig, die auch gut bezahlt werden müssten. In der von Bundesumweltminister Peter Altmaier befürworteten Quotenregelung für einen moderateren Ausbau von Windparks sieht er Nachteile für das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern. „Windenergie ist eine Chance für dieses Land“, bekräftigte er.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand auch die Zustimmung der Linksfraktion. Die Koalitions-Mehrheit von SPD/CDU-Fraktionen sowie die NPD lehnten den Antrag ab.

Drucksachen 6/1234 und 6/1217

Des Volksaufstands gedenken

Landtag will besondere Würdigung zum 17. Juni im kommenden Jahr

Der 60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 wird im kommenden Jahr im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern besonders gewürdigt. Das beschloss das Parlament am 26. Oktober einstimmig. Den Antrag hatten die Regierungsparteien SPD und CDU gestellt. Die Redner der demokratischen Fraktionen waren sich einig in der Notwendigkeit des Erinnerns, diskutierten aber die Ursachen des Aufstandes kontrovers.

„Der Protest war mehr als ein Arbeiteraufstand wegen sozialer Probleme. Die Menschen haben für Demokratie und Freiheit demonstriert“, betonte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert**. Im Nordosten habe es Proteste an 70 Orten gegeben, die Schwerpunkte hätten in den Hafen- und Werftstädten gelegen. Die Ereignisse von 1953 legten nach Überzeugung Kokerts den Grundstein für die friedliche Revolution in der DDR 1989.

Die Auseinandersetzung mit dem 17. Juni 1953 bleibe Verpflichtung aller Demokraten, sagte **Peter Ritter**, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. „Auch wenn es unterschiedliche historische und politische Bewertungen der Ereignisse gibt, sie eignen sich nicht dafür, politisch instrumentalisiert zu werden“, warnte er und bedauerte, dass es keinen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen dazu gab. Alle Opfer des 17. Juni seien Mahnung, Gewalt in der politischen Auseinandersetzung für immer auszuschließen. Seiner Ansicht nach sind vor allem Normerhöhungen und eine schlechte Versorgungslage Gründe für den Protest gewesen.

Ingulf Donig von der SPD-Fraktion kritisierte, dass der 17. Juni zunehmend in Vergessenheit zu geraten drohe, obwohl die Ereignisse Bestandteil der Lehrpläne in den Schulen seien. Neben vielen anderen Veranstaltungen im kommenden Jahr solle deshalb auch die Gedenkstunde im Landtag das Erinnern wachhalten und „Geschichtsklitterung“ entgegenwirken. Der Volksaufstand markiere das Ende der Legitimation der SED als Vertreterin der Arbeiterschaft, sagte er. Die Proteste waren durch sowjetisches Militär und kaserierte Volkspolizei der DDR niedergeschlagen worden.

„Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 zeigte deutlich, dass die DDR ein Unrechtsstaat war“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Johann-Georg Jaeger**. „Mit dem Gedenken an diesen Tag und die Opfer halten wir die Erinnerung an den Einsatz vieler Menschen in der DDR schon 1953 für freie Wahlen in einem gemeinsamen Deutschland lebendig und so auch für die jüngere Generation erfahrbar.“ So sei der Volksaufstand Wegbereiter für die friedliche Revolution 1989 und somit auch für die deutsche Einheit gewesen.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** nannte den Antrag „heuchlerisch“. Der Westen und die Alliierten hätten sich damals längst mit der Teilung Deutschlands abgefunden, sagte er. Diese Tatsache werde heute gern ausgeblendet. „Leider“ seien die Bürger der DDR 1989 von einer Unfreiheit in die nächste geschlittert. Aber auch diese werde „irgendwann enden“, unterstrich der rechtsextreme Politiker.

Wolf-Dieter Ringguth, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, hob die besondere Tragweite des 17. Juni 1953 hervor. Wenn es ein „kollektives Gedächtnis“ einer Nation gebe, dann gehöre dieses Datum mit an vorderster Stelle in das der Deutschen. Damals seien die Menschen für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen. Eine zentrale Gedenkveranstaltung im Landtag sei – neben vielen Einzelaktionen der Parteien – wichtig. Aber deshalb müsse nicht automatisch ein gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen gestellt werden, widersprach er der Linken.

Drucksache 6/1220



Demonstranten am Brandenburger Tor

Foto: REGIERUNGOnline/Perlia-Archiv, Signatur 203065

Weitere Beschlüsse des Landtages

Integrationsförderrat

Das Parlament hat am 24. Oktober die Erweiterung des Integrationsförderrates beschlossen. Das deutschlandweit einzigartige Gremium berät die Landesregierung mit dem Ziel, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen im Land zu verbessern. Mitglieder sind Vertreter von Ministerien, Vereinen und Verbänden, die ehrenamtlich wirken. Um neue Mitglieder aufzunehmen, war eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen nötig. Mit der Verabschiedung der Gesetzesnovelle gehören dem Integrationsförderrat nun Vertreter aller Ministerien und zudem der Sozialverband VdK an, der bislang nicht Mitglied war. Der Sozialausschuss hatte die Annahme des Gesetzes mit einigen Änderungen empfohlen.

Drucksachen 6/995 und 6/1256

Zuständigkeiten neu geregelt

Der Neuzuschnitt von Ministerien nach der Landtagswahl 2011 erforderte nun auch, die Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen in den jeweiligen Vorschriften anzupassen. So sind beispielsweise beim Landesstiftungs- und beim Feiertagsgesetz die Kompetenzen vom früheren Innenministerium auf das Justizministerium übergegangen. Für das Sozialgesetzbuch II ist jetzt das Sozialministerium und nicht mehr das Wirtschaftsministerium zuständig. Der Landtag hat am 24. Oktober ein Gesetz der Landesregierung verabschiedet, das die notwendigen Anpassungen regelt.

Drucksachen 6/1119 und DS 6/1254

Wahleinsprüche zurückgewiesen

Die Landtagswahl 2011 ist auch nach Prüfung der Wahleinsprüche gültig. Das Parlament ist am 24. Oktober einer entsprechenden Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses gefolgt und hat die Einsprüche als unzulässig bzw. unbegründet zurückgewiesen. Insgesamt hatten zwei Bürger Einwände geltend gemacht. Ein Mann aus Boizenburg hatte in einem Schreiben an die Landeswahlleiterin mitgeteilt, er lege „Widerspruch in Bezug auf die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2011 ein“, habe dies aber trotz Ankündigung nie begründet. Ein weiterer Bürger habe eine seiner Meinungen nach zu geringe Wahlbeteiligung ins Feld geführt und unter anderem beanstandet, dass manche Abgeordnete gleichzeitig ein Mandat auf verschiedenen politischen Ebenen bekleideten. Der Wahlprüfungsausschuss – der Rechtsausschuss des Landtages – sah in den Einwänden keine Wahlfehler. Zudem sei der Mann in Potsdam gemeldet und somit nicht wahlberechtigt in Mecklenburg-Vorpommern.

Drucksache 6/2162

Fachkräften Integration erleichtern

Zugewanderten Fachkräften soll nach dem Willen der Landesregierung die Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Dies sei auch angesichts der demografischen Entwicklung notwendig. „Viele Deutsche und nach Deutschland Zugewanderte haben in anderen Ländern berufliche Qualifikationen und Abschlüsse erworben. Diese können sie auf dem deutschen Arbeitsmarkt oft nicht angemessen nutzen, weil Bewertungsverfahren und Bewertungsmaßstäbe fehlen“, hieß es zur Begründung. Ein Gesetz soll Abhilfe schaffen. Der Entwurf wurde am 24. Oktober vom Parlament zur Beratung an fünf Ausschüsse überwiesen.

Drucksache 6/1209

Kooperation im Ostseeraum

Der Landtag will die länderübergreifende Zusammenarbeit im Ostseeraum noch enger gestalten. Am 24. Oktober stimmten die Abgeordneten einem fraktionsübergreifenden Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, mit dem sich das Land zur Umsetzung der Beschlüsse der 21. Ostseeparlamentarier-Konferenz verpflichtet. Ende August hatten die Anrainer in St. Petersburg eine Resolution für die weitere Kooperation unter anderem beim Meeresschutz, in Energie-, Gesundheits- und sozialen Fragen verabschiedet.

Drucksache 6/1214

Immunität aufgehoben

Der Landtag hat am 24. Oktober den Weg für die Strafverfolgung des NPD-Abgeordneten **David Petereit** freigemacht. Das Parlament hob die Immunität des rechtsextremen Politikers auf. Gegen Petereit ermitteln die Staatsanwaltschaften Schwerin und Rostock. In dem Rostocker Verfahren geht es um uneidliche Falschaussage vor Gericht im Zusammenhang mit einem Hausfriedensbruch in Lalendorf. Betroffen war der Bürgermeister des bei Güstrow gelegenen Ortes. Dieser hatte sich geweigert, die Patenschaftserklärung des Bundespräsidenten für das siebte Kind einer Familie zu übernehmen, unter Verweis, dass diese offenkundig rechtsextrem sei. Bei einem ersten Prozess in dieser Sache war Petereit als Zeuge geladen gewesen. Mit der Aufhebung der Immunität kann nun Anklage erhoben werden.

Die Staatsanwaltschaft Schwerin ermittelt wegen des Verdachts der Beleidigung im Internet. Petereit soll die Veranstalter des Antiextremismus-Festivals „Jamel rockt den Förster“ beleidigt haben. Die Veranstalter, ein Künstlerehepaar, wurden bereits mehrfach für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet.

Drucksachen 6/1261 und DS 6/1264

NPD-Verbotsverfahren gefordert

Vier Landtagsfraktionen stellen sich einhellig hinter Landesregierung

Mecklenburg-Vorpommern fordert die zügige Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens. Der Landtag stellte sich am 24. Oktober – mit Ausnahme der NPD-Abgeordneten – einhellig hinter die Landesregierung, die seit langem zu den Befürwortern eines NPD-Verbots gehört. Anfang Dezember sollen zunächst die Innenminister und danach die Regierungschefs der Länder über die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens entscheiden. Die NPD sitzt seit 2006 im Landtag von M-V. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte im Wortlaut.

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Demokratie lebt von Beteiligung“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Wir behandeln heute einen umfangreichen Antrag aller demokratischen Fraktionen, mit dem wir ein gemeinsames Bekenntnis zur Notwendigkeit eines NPD-Verbotsverfahrens abgeben.

Gestatten Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst die Bewertung, dass bereits das seit Jahren praktizierte abgestimmte Vorgehen aller demokratischen Parlamentarier im Umgang mit der NPD ein wichtiger Meilenstein zur Festigung unserer Demokratie ist. Darauf können wir stolz sein, zumal eine solche Einmütigkeit in anderen Parlamenten keine Selbstverständlichkeit ist. [...]

Wir Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern sind uns in der Bewertung der NPD einig und wir sind uns nach sechs Jahren tagtäglicher Konfrontation mit den neuen Nazis im Landtag über Folgendes sicher:

Erstens. Die NPD ist eine neonazistische verfassungsfeindliche Partei, deren Ziel es ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates abzuschaffen.

Zweitens. Die NPD mit ihrer menschenverachtenden, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologie muss so schnell wie möglich verboten werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf die beiden zentralen Argumente eingehen, die für ein Verbotsverfahren sprechen.

Zum Ersten nimmt ein Verbot den Nazis die öffentliche Plattform zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie. [...]

Eine antidemokratische, rassistische und antisemitische Partei wie die NPD darf dann nicht länger mithilfe von Steuergeldern ihre dumpfen Parolen unters Volk bringen.

Meine Damen und Herren, die NPD braucht die Zulassung als Partei, um öffentliche Gelder zu erhalten, und ihre Existenz hängt ganz entscheidend auch von der Zugehörigkeit zu diesem Parlament ab. Sie, meine Herren, Sie, meine Herren von der NPD, können hier Jobs für Ihre sogenannten „Kameraden“ schaffen und Praktikanten einstellen. Vor allem das Geld ist wichtig für Sie [...].

Neben den Abgeordnetendiäten sind dies Kostenpauschalen und Zahlungen an Mitarbeiter der Fraktion sowie Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros. Das summiert sich, meine Damen und Herren. In den Jahren 2010 und 2011 waren es jeweils rund 1,4 Millionen Euro, die in Richtung der Rechtsextremen gingen. [...]

Der Landtag, meine Damen und Herren, ist das Hauptquartier der NPD. [...]

Meine Damen und Herren, dies soll ein Beispiel dafür sein, dass Steuergeld in Nazizusammenhängen zirkuliert und Strukturen dauerhaft finanziert, Strukturen, meine Damen und Herren, aus denen heraus massiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agitiert und agiert wird. [...]

Das zweite zentrale Argument lautet, ein Verbot der NPD führt zu Unruhe und Chaos in der rechtsextremen Szene und verhindert so den Aufbau neuer Strukturen.

Sobald die NPD verboten und das vom Steuerzahler gespeiste Parteivermögen eingezogen ist, Herr Pastörs, sind auch Ihre Strukturen zerschlagen. Es gibt keine Bürgerbüros oder sonstige Anlaufstellen für Ihre Anhänger mehr. [...]

„ Für die Feinde unserer Demokratie darf es keine Toleranz geben. “

Meine Damen und Herren, selbstverständlich entbindet uns ein Verbot der NPD nicht davon, dem rechten Gedankengut entschlossen entgegenzutreten.

Uns ist allen klar, mit einem Verbot der NPD verschwinden nicht über Nacht demokratie- und ausländerfeindliche Einstellungen. Es bedarf vielmehr eines ganzen Bündels an Maßnahmen und Initiativen, um den Rechtsextremismus auch weiterhin wirksam zu bekämpfen. [...]

Wir sind in der Pflicht, Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vorzuleben, zu lehren und zu verbreiten, Herr Pastörs.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier noch etwas ganz Grundsätzliches sagen: Demokratie ist kein statischer, sondern ein dynamischer Prozess, der von Beteiligung und Einmischung lebt. Mangelnde Beteiligung oder Desinteresse an der Gestaltung unserer Demokratie wird zum Einfallstor für Extremismus jedweder Couleur. Ob eine Demokratie gut oder schlecht funktioniert, ob sie lebendig und wehrhaft ist, liegt ganz entscheidend am Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. [...]

Hildegard Hamm-Brücher hat es auf den Punkt gebracht, als sie sagte: ‚Durch Ruhe und Ordnung kann die Demokratie ebenso gefährdet werden wie durch Unruhe und Unordnung.‘

Meine Damen und Herren, kommen wir zurück zu unserem interfraktionellen Antrag: Wir fordern ein Verbot der NPD, denn diese Partei trägt ihre Verfassungsfeindlichkeit unverblümt zur Schau, auch und gerade hier in diesem Hause. Es gibt dafür unzählige Beispiele. [...]

Völlig unbestritten ist, dass wir für eine tragfähige Begründung des Verbotsantrages belastbares Material brauchen. Mittlerweile ist die Materialsammlung, Herr Pastörs, und das wissen Sie, der Sicherheitsbehörden gegen die NPD auch in qualitativer Hinsicht beträchtlich angewachsen.

Sie wird nicht unwesentlich gespeist, meine Damen und Herren, aus Mecklenburg-Vorpommern, denn belegt durch Programme, Reden und Aktionen bis hin zu Äußerlichkeiten, wie dem geschorenen Nacken und dem auf ‚Hab Acht‘ getrimmten Scheitel, besteht eine besonders enge Verbindung, eine abstoßende Nähe zwischen der NSDAP des Gefreiten Hitler und der NPD des Uhrmachers Pastörs.

Ja, meine Herren Neonazis, es ist eine unheilvolle Seelenverwandtschaft, die bei Ihnen immer wieder durchscheint, eine

Seelenverwandtschaft, die Sie nicht verbergen wollen und nicht verbergen können. [...]

Die NPD vertritt, ebenso wie die NSDAP, einen völkisch geprägten Staatsbegriff. Danach ist deutscher Staatsbürger ein Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes, was immer das auch sein mag, Herr Pastörs.

Man ist also Deutscher aufgrund seines Blutes. Man kann nicht Deutscher werden, man ist Deutscher oder man ist es nicht. [...]

Die Ideologie der NPD steht damit in direkter Verbindung zur NSDAP und zu ihrer ‚Volksgemeinschaft‘ sowie zu ihrer ‚Rassenlehre‘.

Meine Damen und Herren, in einer besonders widerwärtigen Landtagsrede hat Herr Pastörs am 31. Januar 2008 ausgeführt, und ich zitiere nur ungenau, Zitatenanfang:

‚Am schlimmsten steht es mit dem Staatsbürgerrecht. Hierzu sei nur schlicht festgestellt, dass in Italien den Italienern, in der Türkei den Türken und darum auch in Deutschland den Deutschen das Recht der Staatsangehörigkeit zusteht. Der Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz sagt aber in wahrhaft hirn-rissiger Weise, dass Deutscher sei, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, also ein Herr Asamoah zum Beispiel Deutscher sei.‘ Zitatende, Gott sei Dank. [...]

Also, Herr Pastörs, zunächst einmal steht fest, dass Gerald Asamoah, aber auch Viviane Hagner oder Erol Sander, das moderne Deutschland viel besser und wesentlich sympathischer repräsentieren als Sie.

Aber, meine Damen und Herren, unverfrorener und deutlicher, als Sie es mit diesen Worten getan haben, Herr Pastörs, kann man seine Verfassungsfeindlichkeit und seine Menschenverachtung kaum zum Ausdruck bringen. Von dieser kruden Weltsicht des Herrn Pastörs, meine Damen und Herren, ist es nur ein kurzer Schritt zum offen formulierten Rassenhass des Adolf Hitler. [...]

Meine Damen und Herren, auch die NPD vertritt ein solches Weltbild, mit unwesentlichen Aktualisierungen. So werden die Vereinten Nationen und die Europäische Union beschimpft und verächtlich gemacht, Kapitalismus und Sozialismus fundamental kritisiert, Parlamentarismus und Demokratie abgelehnt und verleumdet. Schuld in den Augen der NPD ist jetzt nicht mehr allein das ‚internationale Judentum‘, schuld sind jetzt die ‚Knechte und Volksfeinde‘ in den Regierungen, Parlamenten und Parteien. Schuld sind die ‚gleichgeschalteten Medien‘, schuld ist die ‚EU-Fremdherrschaft‘ und schuld ist die ‚anglo-amerikanische Kamarilla‘ und so weiter und so fort. [...]

Besonders, meine Damen und Herren, besonders die Europa-feindlichkeit ist kennzeichnend für die NPD.

Brüssel ist für die NPD ganz offenbar das neue Versailles, der Ort der Knechtschaft und der Fremdbestimmung, der Ort der Ausplünderung der deutschen Kassen, nicht wahr, und das deutsche Grab schlechthin, Herr Pastörs.

Und als Hauptsündenböcke, meine Damen und Herren, um



Schülerinnen und Schüler des Goethe-Gymnasiums Demmin waren am 8. Mai 2012 bei der Veranstaltung „Demmin bleibt bunt“ mit eigenen Aktionen dabei.

die Parallelen fortzuführen, gelten jetzt Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende, die angeblich die Sozialkassen ausplündern und den Deutschen die Arbeit wegnehmen.

Ausländer, meine Damen und Herren, nehmen in der Ideologie der Neonazis von der NPD den Platz der jüdischen Bevölkerung der NSDAP-Zeit ein. [...]

Die NPD tritt vordergründig als Anwalt des kleinen Mannes auf. In Wahrheit jedoch ist Ihnen das Individuum völlig egal, weil nur Ihre Volksgemeinschaft zählt, der sich jeder Einzelne unterzuordnen hat oder zur Not eben durch Gewalt zur Unterordnung gezwungen wird. Glauben Sie mir, ich habe mit ein paar Aussteigern aus Ihrer Szene gesprochen.

Führer einer solchen Volksgemeinschaft, meine Damen und Herren, wären dann aller Voraussicht nach mehrere vorbestrafte Gewalttäter, wie zum Beispiel:

Stefan Köster, Landesvorsitzender der NPD und Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion, verurteilt wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung, oder Andreas Theißen, Wahlkreismitarbeiter von Udo Pastörs, verurteilt wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz, oder Michael Grewe, Mitarbeiter der NPD-Fraktion, verurteilt wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung, oder

Lutz Giesen, ebenfalls Mitarbeiter der NPD-Fraktion. Der Herr hat gleich mehrere Verurteilungen, und zwar wegen gefährlicher Körperverletzung, Erpressung und schweren Diebstahls.

Und dann, meine Damen und Herren, ist da noch der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs, gegen den zahlreiche Verfahren bei Gericht anhängig sind.

Aber dieser feine Herr, meine Damen und Herren, der mit allen Mitteln den Rechtsstaat abschaffen will, schöpft selbst alle Instanzen des Rechtsstaates aus, um seine Verurteilung nicht rechtswirksam werden zu lassen. Ein Vorgang, Herr Pastörs, der in einer völkischen Diktatur sicher undenkbar wäre, nicht wahr?

Mit solchen Kriminellen, meine Damen und Herren, versucht die NPD Bürgerinitiativen, Sportvereine, Feuerwehren und so weiter zu unterwandern.

Dieselben Herren geben sich als gutbürgerliche Familienväter bei der Veranstaltung von Kinderfesten oder spielen sich als Kümmerer auf, wenn sie Sozialberatungen anbieten.

In Wahrheit aber verdummen Sie die Menschen, wenn Sie ihnen weismachen wollen, dass es für die komplexen Probleme unserer Zeit eine ganz einfache Lösung gibt, nämlich die Abschaffung der Demokratie.

Es vergeht keine Landtagsrede, keine Parteiveranstaltung, kein Bürgergespräch, wo Sie nicht genau das fordern. [...]

Sie, meine Herren Neonazis, beziehungsweise Ihre Sympathisanten, versuchen, Demokraten einzuschüchtern, indem Sie ihre Büros überfallen oder martialische Aufzüge von

Schlägertruppen inszenieren. Es sind Ihre Anhänger, Herr Pastörs, die ausländische Mitbürger oder Andersdenkende durch die Straßen treiben und brutal zusammenschlagen oder wie im Fall des NSU sogar ermorden. Diesen aggressiven Kampf der NPD gegen unsere Demokratie werden wir nicht länger hinnehmen.

Für die Feinde unserer Demokratie darf es keine Toleranz geben, Herr Pastörs!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin stolz darauf, ein Teil unseres modernen Deutschlands zu sein. Wir leben in einem demokratischen, friedlichen, toleranten und weltoffenen Land, das ich jeden Tag vor Augen habe, wenn ich meinen jüngsten Sohn mit seinen Freunden sehe, die aus aller Herren Länder stammen.

Einige von uns hier im Raum haben Ehepartner aus anderen Ländern, und fast ein jeder betrachtet Freunde und Bekannte aus anderen Kulturkreisen als Bereicherung seines Lebens. Wie heißt es so richtig, meine Damen und Herren, wir alle sind Deutschland. [...]

Die Grundlage für dieses wirklich lebenswerte moderne Deutschland als elementarer Bestandteil eines friedlichen Europas sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, und, meine Damen und Herren, die lassen wir uns von niemandem mehr nehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich klar und deutlich: Kein demokratischer Staat kann und darf Aktivitäten von Extremisten hinnehmen, die auf seine Vernichtung gerichtet sind.

Und schon gar nicht darf er diese Aktivitäten auch noch mit Steuergeldern finanzieren. Deshalb, meine Damen und Herren, muss die NPD verboten werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Außerdem wurde wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

www.landtag-mv.de (Mediathek/Parlamentsdokumente/ Plenarprotokollauszüge)

Der Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen dieser vier Fraktionen angenommen. Die NPD stimmte dagegen. Drucksache 6/1215

Peter Ritter, DIE LINKE:

„Wir brauchen keine V-Leute“

Foto: Cornelius Kettler



„[...] Zu Recht legen das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht hohe Hürden an ein Verbot von Parteien. Nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz sind Parteien verfassungswidrig, ich zitiere, ‚die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen‘, Zitatende.

Das Bundesverfassungsgericht fordert darüber hinaus, dass neben einer verfassungsfeindlichen Einstellung auch ein aggressiv-kämpferisches Vorgehen gegen die bestehende Ordnung hinzukommen muss. Ein erfolgreiches Verbotsverfahren setzt letztendlich voraus, dass die betroffene Partei auch tatsächlich staatsfern ist, mit anderen Worten, es droht ein nicht behebbares Verfahrenshindernis, wenn zum Beispiel zahlreiche V-Leute in den Parteigliederungen bis hin zum Vorstand eingesetzt werden. Aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, scheiterte bekanntlich der erste Anlauf eines NPD-Verbots vor knapp zehn Jahren.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Behörden haben aus dem gescheiterten ersten NPD-Verbotsverfahren hofentlich dazugelernt und die langjährige Forderung auch meiner Fraktion nach Abzug aller V-Männer und V-Frauen umgesetzt. [...] Wir brauchen keine Informationen von V-Leuten, die Verfassungswidrigkeit der NPD nachzuweisen. Das machen die NPD-Kader selbst viel besser. [...]

Wie alle anderen demokratischen Fraktionen im Landtag sind wir der festen Überzeugung, dass die NPD die obersten Werte des Grundgesetzes bekämpft, missachtet oder verspottet. Hierzu will ich nur einige Artikel des Grundgesetzes nennen, die in einer Verfassung nach Vorstellung der NPD sicher keine Chance hätten:

So ist für die NPD entgegen Artikel 1 Grundgesetz die Würde eines jeden Menschen eben nicht unantastbar. Die NPD bekennt sich nicht zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Für die NPD sind entgegen Artikel 3 Grundgesetz nicht alle Menschen vom Gesetz her gleich. Für sie sind Frauen und Männer nicht gleichberechtigt. Die NPD hat ein großes Problem damit, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt. Ginge es nach der NPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Rasse, ihrer Sprache, ihrer Heimat, ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen wie politischen Anschauungen benachteiligt oder, wenn es ihnen passt, bevorzugt. Dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf, ist für die NPD ohne Belang. [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das politische Agieren der NPD innerhalb und außerhalb des Landtages lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Sie verachtet und bekämpft die Demokratie im Allgemeinen sowie den Staat und dessen Institutionen im Besonderen. Sie verspottet die Opfer des Nationalsozialismus und leugnet traurige historische Wahrheiten. Sie betreibt antisemitische Hetze und stachelt zum Hass gegen Ausländer und Andersdenkende auf.

Die NPD ist zutiefst rassistisch und bis heute durch nationalsozialistisches Gedankengut geprägt. Nicht ohne Grund arbeitet sie eng und gern mit neonazistischen Kameradschaften zusammen.

In der politischen Auseinandersetzung schreckt sie vor Gewalt nicht zurück. Im Gegenteil, Gewalt gehört nicht nur in den Kameradschaften zum guten Ton, auch die NPD selbst setzt offen auf Gewalt. [...] Am 20. September 2007 trat Herr Pastörs ebenfalls als Freund der Gewalt in Erscheinung. Die Landtagspräsidentin Frau Bretschneider zitierte in ihrer Rede aus einem Lied der sogenannten Schulhof-CD, die die NPD an Kinder und Jugendliche im Land verteilt. Darin heißt es, ich zitiere: ‚Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht. Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht.‘ Zitatende. Zuruf Udo Pastörs: ‚So ist es! ... Oder auch, ich zitiere: ‚Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.‘ Zitatende [...]

Doch nicht nur der Mächteternführer Pastörs präsentiert uns so seine politischen Auffassungen, auch der NPD-Abgeordnete Tino Müller hat uns sein Geschichtsbild mehrfach mitgeteilt, etwa am 5. März 2009 im Landtag, ich zitiere: ‚Was

„ Die NPD bekämpft, missachtet oder verspottet die obersten Werte des Grundgesetzes. „

im Zweiten Weltkrieg nicht in Feindeshand fiel, wurde wesentlich von den volksvergessenen Systemlingen aus Berlin, Schwerin und Stralsund nach Polen verschoben.'

Oder: ‚Die heutige Staatsgrenze Polens umfasst nach wie vor einen Großteil unserer deutschen Heimat. Jeder weiß, dass Deutschland hinter Swine, Oder und Neiße nicht aufhört.‘ Zitatende. Wes Geistes Kind ist ein solcher Abgeordneter, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das ist Geschichtsrevisionismus pur und das ist zu verurteilen, das ist zu verbieten [...]

Natürlich gibt es auch Bedenken gegen ein neues NPD-Verbotsverfahren. Sollte das Verfahren scheitern, käme es einer Märtyrerrolle der NPD gleich. Sie würde noch stärker werden – was ich nicht glaube. Auch müsste man sich mit der NPD politisch auseinandersetzen, was ich unbedingt unterstreiche. [...]

Wir wissen um das Problem, dass dieses Gedankengut mitten in der Gesellschaft verankert ist. Wir sind uns bewusst,

dass ein erfolgreicher Kampf gegen die Ideologien der NPD einen langen Atem und vor allem gemeinsame Anstrengungen aller Mitglieder der Gesellschaft benötigt. Ich denke etwa an die Überwindung von Armut, Bildungsmisere, hoher Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung.

Wir sagen aber auch, Nationalismus und Faschismus sind keine Meinung, Nationalismus und Faschismus sind ein Verbrechen. Und deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass der Staat eine Partei mit Steuergeldern unterstützen muss, die dem Staat gegenüber mit aggressiv-kämpferischen Methoden auftritt und die den Parlamentarismus abschaffen will. Und wir müssen wissen, dass ein Verbotsverfahren umso schwieriger ist, wenn sich eine verfassungswidrige Partei dauerhaft fest parlamentarisch verankert hat. Das Parteienprivileg des Grundgesetzes hat nun einmal Grenzen. Aber diese, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind durch die NPD längst und klar überschritten. [...]"

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Wir wollen dieses Verbotsverfahren“



Foto: Corneliu Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! [...]

Immer wieder versetzen Rechtsextreme und Neonazis Menschen in Angst und Schrecken, sie drohen, schüchtern ein, sie schüren Ängste, stacheln auf zu Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Und immer wieder beschädigen sie das Ansehen unseres Landes. Dagegen müssen wir uns wehren und dagegen werden wir uns wehren.

Natürlich macht ein NPD-Verbot keinen Nazi zu einem Demokraten. Rechtsextreme Gesinnung und die Ursachen dafür müssen wir mit anderen Instrumenten auf anderen Gebieten bekämpfen. Das ist uns sehr wohl klar. Was wir mit dem Verbot wollen, ist, ein deutliches Zeichen zu setzen, ein Signal, das klar lautet: Wir dulden hier keinen Rechtsextremismus. Wir nehmen nicht hin, dass eine Neonaziorganisation den Parteienstatus missbraucht für ihre verfassungswidrigen Umtriebe. Das nehmen wir nicht hin!

„Natürlich macht ein NPD-Verbot keinen Nazi zu einem Demokraten.“

Und deshalb setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass ein NPD-Verbotsverfahren zustande kommt. Dieses Verfahren muss sehr gut vorbereitet sein. Die Hürden für ein Parteiverbot in Deutschland sind hoch. Parteien stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Die bloße Ablehnung der Verfassung genügt deshalb nicht für ein Verbot. Entscheidend ist, die aggressiv-kämpferische Einstellung der NPD gegenüber unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nachzuweisen.

Und ich sage, dieser Nachweis liegt offen zutage. Wir alle kennen doch gut genug die Aggression, die Hetze der NPD gegen unsere Demokratie, gegen den Rechtsstaat, gegen die Werte unserer Verfassung. Wir haben die Menschenverachtung der NPD hier in diesem Haus und auf Veranstaltungen in unserem Land oft genug und in aller Deutlichkeit selbst erlebt. Herr Ritter hat eben einige wirklich beeindruckende Zitate vorgetragen.

Meine Damen und Herren, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus allen Bundesländern und auch vom Bund liegt eine umfassende entlarvende Sammlung vor: Aussagen, Reden, Propagandaschriften der NPD, die das in allen Schattierungen bestätigen. Die NPD ist eine demokratiefeindliche, rassistische, antisemitische und den Nationalsozialismus verherrlichende Organisation, und eine solche Organisation gehört verboten. [...]

Meine Damen und Herren, hinzukommt, die NPD ist seit Jahren Schutz- und Deckungsraum für Neonazis, Sammelbecken für Kriminelle. [...] Die NPD paktiert mit Gewalttätern, mit Vorbestraften – und sie hat sie auch in ihren eigenen

Reihen. Norbert Nieszery hat das eben an Beispielen deutlich gemacht. Das alles macht deutlich, mit was für einer Partei wir es zu tun haben, meine Damen und Herren. Ich sage: Es ist nicht länger hinzunehmen, dass wir als Demokraten mit unseren Steuergeldern diese antidemokratische, menschenverachtende Hetze der NPD finanzieren. [...]

Ein NPD-Verbot wäre also ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Aber wir wissen alle, damit verschwindet das Problem nicht. Fremdenfeindlichkeit, rechtsextremes Gedankengut, ängstlicher Nationalismus und eine Aggressivität, die häufig aus Minderwertigkeitsgefühlen erwächst, das gibt es leider immer wieder in Teilen der Bevölkerung. Dem müssen wir uns stellen.

Meine Damen und Herren, hier im Landtag ist es richtig, den Störungen, dem dauernden Dazwischenreden der Rechtsextremen möglichst wenig Aufmerksamkeit entgegenzubringen, sehr kühl deutlich zu machen, ihr tragt nichts bei zur demokratischen Willensbildung. Im Land, in den Städten und Dörfern ist etwas anderes richtig, da ist jede und jeder Einzelne gefordert – in seinem persönlichen Umfeld, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in den Vereinen, an den Schulen. Da gilt es, aufmerksam und couragiert jedem noch so kleinen Versuch entgegenzutreten, dass Neonazis ihr menschenverachtendes Gedankengut, ihre antidemokratische Gesinnung als normal, als selbstverständlich in unseren Alltag bringen wollen. [...]

Es gibt Tausende, Zehntausende bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, die aufstehen, die Flagge zeigen [...] – beim Demokratiefest in Neubrandenburg zum 1. Mai; in Pasewalk bei der Menschenkette, die das Bündnis ‚Vorpommern: welt-offen, demokratisch, bunt!‘ gegen dieses Pressefest organisiert hat; in Wolgast, wo viele auf Integration und nicht auf Ausgrenzung beim Asylbewerberheim setzen; oder in Wismar, wo jetzt am Wochenende Hunderte friedlich demonstrieren haben.

Meine Damen und Herren, als Ministerpräsident bin ich froh und ich bin stolz, dass sich überall in Mecklenburg-Vorpommern so viele Menschen gegen rechtsextreme Umtriebe einsetzen. Sie alle sorgen mit ihrem Einsatz dafür, dass wir sagen können, die ganz große Mehrheit der Menschen im Land steht für ein liebenswertes, weltoffenes, tolerantes Mecklenburg-Vorpommern. Und dafür, denke ich, sollten wir alle jeder und jedem Einzelnen ein ganz herzliches Dankeschön sagen. [...]

Meine Damen und Herren, das notwendige Material und der Zeitplan, um das Verbotungsverfahren einzuleiten, liegen vor. Im Dezember werden jetzt die Innenminister und dann die Ministerpräsidenten beraten und eine Entscheidung fällen. Ich sage für die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern: Wir wollen dieses Verbotungsverfahren.

Das ist die gemeinsame Position der Landesregierung, und dafür danke ich ganz besonders Innenminister Caffier, der sich als einer der Ersten aus seinen Reihen für ein NPD-Verbot starkgemacht hat und sich seit Jahren unbeirrt dafür ein-

setzt. Und das ist auch die gemeinsame Position aller Demokraten hier im Landtag, das unterstreichen wir mit diesem gemeinsamen Antrag. Herzlichen Dank dafür!

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass dieses Verbotungsverfahren möglichst breit getragen wird, möglichst von allen Bundesländern, möglichst von Bundestag und Bundesrat. Und wenn wir realistisch sind, dann müssen wir sagen, da ist wohl noch Überzeugungsarbeit zu leisten an der einen oder anderen Stelle. Nehmen Sie nur die Äußerung des Bundesinnenministers zum Rechtsextremismus in Ostdeutschland!

Und deshalb zum Abschluss, meine Damen und Herren, meine Bitte: Helfen Sie alle mit! Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass dieses Verbotungsverfahren in Gang kommt und erfolgreich ist! – Vielen Dank.“

*(lang anhaltender Beifall
vorseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Jürgen Seidel, CDU:

„Die NPD schadet der Entwicklung in M-V“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gleich zuerst sagen, auch ich finde, dass es eine sehr lange Zeit dauert, bis wir in ein Verbotungsverfahren hoffentlich dann kommen. Aber ich finde, es gehört vielleicht an dieser Stelle auch noch einmal dazu, dass man klar sagt, dass die Bedenken, die es eben gibt, auch diese Gesellschaft auszeichnen, gerade im Gegensatz zu dem, was diese Herren wollen. Wir machen uns das schwer, wir machen uns das sehr schwer – viele sagen, vielleicht sogar zu schwer –, aber Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit sind ein hohes Gut. Und diese Demokratie wird immer wieder darum ringen, dass man eine solche Frage sehr intensiv beurteilt. Und trotzdem gebe ich zu, in der Tat, wir sind auch zeitlich gesehen an einen Punkt gekommen, wo man sich nun mal jetzt auf den Weg machen sollte.“

Meine Damen und Herren, die Argumente sind hier ja zu großen Teilen schon ausgetauscht. Ich will sie auch jetzt nicht alle noch einmal wiederholen. Ich will das vielleicht nur mal für mich versuchen, etwas zu abstrahieren oder auch für mich ganz praktisch darzustellen.

Natürlich ist es für uns alle – aber nicht nur für uns, sondern das ist ja das, was wir auch im Lande erleben – unerträglich, dass eine Fraktion, die auch offen hier sagt, wir wollen diese Gesellschaft nicht, wir freuen uns darauf, dass dieser Staat zusammenbricht, [...] dass diese Gesellschaft verfault und alle diese Worte, die sind ja hier schon auch zitiert worden [...] dass da dieser Staat, [...] diese Gesellschaft dann noch Geld dazugibt, [...] dass das so gesagt werden kann, so aufbereitet werden kann, das versteht doch kein Mensch. Und insofern, glaube ich, ist das ein gewichtiger Grund, dass man diese Mittel sperren muss, dass das als Folge eines Verbotes wirklich aufhören sollte. [...]

Für mich ist ganz klar, die NPD schadet unserer gesellschaftlichen Entwicklung, sie schadet uns in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern, sie schadet uns erheblich, zum Beispiel im wirtschaftlichen Bereich.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Deswegen muss sie weg. –
Michael Andrejewski, NPD: Das ist
Ihre Wirtschaftspolitik, die schadet.)*

Ich will versuchen, Ihnen das zu erläutern. Für mich ist ganz klar – und ich hatte jahrelang dazu Gelegenheit, das nachzuvollziehen –, dass erfolgreiche Wirtschaft heute heißt, dass man mit Weltoffenheit an die Dinge herangehen muss,

*(Vincent Kokert, CDU: Genauso ist es. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)*

dass man mit Kooperation, mit Bereitschaft zur Kooperation sich aber auch dem Wettbewerb natürlich weltweit stellen muss. [...] Wir alle freuen uns, wenn unsere Kinder Sprachen lernen. Und diese Herren, die wollen uns ständig erzählen, es wäre wichtig, uns auf uns selbst zu konzentrieren. [...] Das alles ist so lächerlich, dass man eigentlich sich innerlich schon wehrt, da überhaupt noch Argumente ins Feld zu führen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

**/// Erfolgreiche Wirtschaft heute
heißt auch Weltoffenheit. ///**

[...] Marktwirtschaft, das sagt schon das Wort, braucht Markt. Und wir wissen, dass wir in Deutschland gerade durch die Tatsache, dass wir 50 Prozent unserer Wirtschaft im Export haben, natürlich darin unseren Wohlstand begründen... [...] Dies gilt natürlich für Deutschland, aber ganz besonders für Mecklenburg-Vorpommern. [...] Das, was die NPD hier im

Landtag sagt, [...] die einzelnen Phrasen, die dann so kommen, die würden heißen: Abschottung heimischer Märkte. [...]

Das hieße deutlich weniger Export, das hieße weniger Umsatz, das hieße weniger Wertschöpfung, weniger Steuern, weniger Arbeit und Einkommen, weniger Mittel für Soziales, Jugend, Kultur und Bildung. Das ist letztlich die Kette, die man da aufzeigen muss. [...]

Meine Damen und Herren, und diese Grundsätze, die ich hier versucht habe darzustellen, die gelten natürlich für den Tourismus in ganz besonderer Weise. [...] Ich will schon das noch mal aufgreifen. Da brauche ich gar keine weite Argumentation herzuholen, sondern da brauche ich Ihnen nur zu sagen, dass natürlich Tourismus für uns in Mecklenburg-Vorpommern besonders beruht auf Landschaft, auf Natur, aber eben auch auf Offenheit, auf Toleranz allen Gästen gegenüber, ganz egal, ob es ein Deutscher ist, ein Europäer, ein Asiate, ein Afrikaner,

*(Stefan Köster, NPD: Ja, die fahren
ja auch wieder, das ist in Ordnung.)*

da kommen leider wenige, alle würden wir gerne hier in Mecklenburg-Vorpommern sehen. [...]

Und das heißt für uns, dass wir uns natürlich freuen, wenn Menschen zu uns kommen. Und wir wissen, dass wir im Moment sehr viele deutsche Gäste haben. Wir sind bei einer Kapazität von 185.000 Betten so ungefähr auf der Ebene von Schleswig-Holstein. Wir wissen aber auch, wie der Wettbewerb in Deutschland ist. Und wenn wir nur zwei bis drei Prozent ausländische Gäste haben, ist das ein deutliches Defizit. [...] Und wir tun, na, ich will nicht sagen, alles, aber vieles, um genau dieses Defizit abzubauen. Und erklären Sie mal, wie man mit Ihrer Argumentation auf eine Messe in den Süden gehen soll, nach Göteborg, nach Belgien, nach sonst wo, in die Schweiz gehen wir, um zu sagen, wir freuen uns auf ausländische Gäste, wenn Sie Ihre Tiraden hier ständig ablassen. [...] Sie schaden uns bei unserer Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern und Sie schaden insbesondere dem Tourismus. [...]

Zum Beispiel, und jetzt will ich es Ihnen ganz konkret sagen, [...] die amerikanischen Kreuzfahrer, die brauchen wir ganz dringend, die landen bei uns zuhauf in Warnemünde an. Aber wir bekommen die Frage gestellt: Ja, können wir uns denn bei euch in Mecklenburg-Vorpommern, in diesem Land auch mit voller Sicherheit bewegen?

*(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist „Bild“-Propaganda. –
Udo Pastörs, NPD: Die sind
beeinflusst von Ihrer Propaganda.)*

Ja, wie Sie das bezeichnen, ist vielleicht Ihre Sache. Sie stehen ja nicht an dieser Werbefront. Wir tun das. Wir kümmern uns um diese Entwicklung. [...]

Es hat Befragungen gegeben der Forschungsgemeinschaft

Urlaub und Reisen, die festgestellt hat, als man fragte, ob denn das ein Grund wäre, die Urlaubsplanung zu ändern, wenn dort die NPD entsprechend aktiv ist oder andere auch aktiv sind, dass da sieben Prozent Ja gesagt haben. In der Tat, das ist für uns ein Grund, darüber nachzudenken. Und diese sieben Prozent kann man natürlich – das trifft für Mecklenburg-Vorpommern auch zu, wir haben da eigene Befragungen gemacht – auch mal umrechnen in Euro. Nun kann ich das nicht auf die letzte Kommastelle belegen, aber das betrifft eine Größenordnung von einem dreistelligen Millionenbetrag. [...] Insofern, wenn ich sage, dass Sie uns schaden, dann lässt sich das ganz konkret belegen. [...]

Meine Damen und Herren, ich will auch noch einen Fakt ansprechen, der ja heute schon eine Rolle gespielt hat. Wir haben in TOP 5 uns zu der Frage hier verständigt, wie ist das mit der Anerkennung von ausländischen Qualifikationen [...] Da gibt es ja dann auch wieder die Argumentation: Erst die Deutschen!

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Stefan Köster, NPD:

„Die NPD strebt politischen Wechsel in Deutschland an“

Foto: Cornelius Kettler



„[...] Aber warum wollen diese angeblichen Demokraten die NPD verbieten? [...]

Der Opposition sollen der Einzug in die Parlamente und der Zugang zu der staatlichen Parteienfinanzierung verwehrt werden. [...]

Die nachfolgenden Aussagen von führenden Vertretern der politischen Klasse hier in der Bundesrepublik machen allzu deutlich, dass es [...] ein Aberglaube ist anzunehmen, dass es sich beim politischen System in [...] Deutschland um eine Demokratie [...] handeln würde.[...]

Ja, die sind aber gar nicht mehr da. Also insofern, wir haben gegenwärtig an die 500 freie Ausbildungsplätze, [...] auf die könnte sich jeder Deutsche bewerben, es ist aber niemand da. [...] Also wir müssen schon, wenn wir erfolgreich wirtschaften wollen, auch den Blick ins Ausland lenken.

Und ich komme noch mal auf diesen Punkt. Da ist es natürlich naheliegend zu fragen: Gibt es zum Beispiel in Polen junge Menschen, die die Chance nutzen wollen? Wir stellen fest, es gibt gar nicht so viele, weil [...] auch dort, muss ich sagen, schaden Sie uns mit Ihren Diskussionen, mit ihren Parolen ganz konkret. [...]

Meine Damen und Herren, die NPD lehnt diese unsere demokratische und marktwirtschaftliche Gesellschaft ab. [...] Deswegen sollte ein Verbotverfahren auch dringend in Gang gesetzt werden. Und ich denke auch, dass der Innenminister Lorenz Caffier hier alle Unterstützung verdient. Er hat es da nicht ganz leicht, aber ich hoffe nur, dass die Argumente jetzt auch zusammengetragen werden, wir auf diesem Weg gehen und am Ende ein Verbot der NPD steht. – Vielen Dank.“

Am 20. Mai 2010 äußerte sich der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer in der ARD wie folgt, Zitat: ‚Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.‘ Zitatende.

Oder der Finanzminister Wolfgang Schäuble gab auf einem Bankenkongress in Frankfurt im Jahre 2011 zu, Zitat: ‚Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.‘ Zitatende.

Franziska Drohse, die ehemalige Bundesvorsitzende der SPD-Jugendorganisation Jusos, sagte gar vor Jahren, Zitat: ‚Ja also, die deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, auf das ich mich positiv beziehe, würde ich politisch sogar eher bekämpfen.‘ Zitatende. [...]

„ Es ist ein Aberglaube, dass es sich beim politischen System in Deutschland um eine Demokratie handeln würde. “

Warum will man die NPD verbieten? Unter anderem deshalb, weil sie die Zustände in Deutschland nicht widerspruchlos hinnimmt, sondern sich für eine soziale und nationale Politik zum Wohle des deutschen Volkes [...] einsetzt. [...]

Betrachten wir uns daher noch einmal dieses System, welches angeblich die NPD aggressiv-kämpferisch zu beiseitigen beabsichtigt, politisch, sozial und wirtschaftlich. [...] Und gegen die beschriebenen Zustände [...] setzt sich die NPD politisch zur Wehr und zeigt Alternativen auf, so, wie es auch das Grundgesetz in Artikel 21 vorsieht. [...]

Die NPD strebt natürlich einen politischen Wechsel in Deutschland an. [...] Allerdings plante und strebt die NPD niemals einen Umsturz oder Ähnliches an, und schon gar nicht aggressiv-kämpferisch, [...].

Sie wollen einen permanenten Zustand der Angst und der Verunsicherung erzeugen, damit sich niemand in unserem Land gegen Ihre Politik des Ausverkaufs, der Ausbeutung, Vergreisung und Verelendung auflehnt und politisch zur Wehr setzt. [...]

Doch Sie werden es nicht [...] verhindern können, dass sich in Deutschland Deutsche für eine soziale und nationale Politik einsetzen. [...]"

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Demokraten stehen zusammen“



Fotoss: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

Herr Köster, dass Sie [...] die Morde, die Raubüberfälle und die Bombenanschläge des NSU [...] mit irgendwelchen kruden Verschwörungstheorien bemühen, entlarvt Ihre wahre Gesinnung. Hier im Hause wird Ihnen kein einziger Demokrat auf den Leim gehen. Und Sie werden auch nicht davon ablenken, dass in den Netzwerken des NSU sich zahlreiche Rechtsextremisten befinden, die auch der NPD angehören oder angehört haben, und auch das entlarvt Ihre wahre Gesinnung. [...]

Wir erleben in diesem Landtag, aber auch in den Kommunalparlamenten, fast tagtäglich, wie die Vertreter der [...] NPD dokumentieren, dass sie wichtige Werte der Verfassungsordnung verwerfen und darauf aus sind, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und zu beseitigen. [...]

Es ist geradezu aberwitzig, dass wir in einem demokratisch verfassten System einer Partei, die genau dieses demokratisch verfasste System bekämpft, die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten einräumen, genau dies zu tun [...]. Und ich empfinde es vor dem Hintergrund als geradezu

unerträglich, dass die NPD mit öffentlichen Mitteln ausgestattet wird, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mühsam erarbeiten müssen.

Ich empfinde es ebenfalls als unerträglich, dass wir [...] öffentliche Räume zur Verfügung stellen müssen, nur weil wir bisher ein Verbot der NPD nicht durchsetzen konnten [...].

Denjenigen [...], die dem NPD-Verbot mit Skepsis gegenüberstehen [...], weil sie fürchten, ein Verbotsantrag würde erneut scheitern, [...] möchte ich zumindest den Hinweis geben, dass der erste Verbotsversuch nicht aufgrund inhaltlicher Bewertung, sondern aus verfahrenstechnischen Gründen gescheitert ist. [...]

Und denjenigen, die nach wie vor skeptisch sind, sei gesagt: [...] Gerade die Nichteinleitung eines Verbotsantrages [...] bewirkt entsprechend dem [...] Sinn des Grundgesetzes, dass diese Partei als verfassungsgemäß gilt [...] Und wir wollen [...] ausdrücklich nicht, dass die Demokraten billigend hinnehmen, dass eine aus meiner Sicht verfassungsfeindliche, rechtsextremistische und rassistische Partei weiter so agieren kann [...].

Mit dem NPD-Verbot entkernen wir ein für die Rechtsextremisten wichtiges Zentrum mitten in deren Netzwerken. Ein Verbot [...] schwächt die Infrastruktur des organisierten Rechtsextremismus auf Jahre hinaus nachhaltig. [...]

Es ist auch wichtig, [...] dass wir immer wieder, und zwar mit großer Öffentlichkeit, deutlich machen, die Demokraten stehen hier zusammen, wir sind [...] ein offenes Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen, die aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland kommen, sind hier herzlich willkommen.

Und wir müssen auch immer wieder deutlich machen, wir behandeln die NPD nicht [...] wie jede andere Partei, und wir machen das über den Schweriner Weg immer wieder deutlich. Wir stellen uns selbstbewusst gegen die Rechtsextremisten und [...] wir Demokraten werden auch weiterhin gemeinsam [...] und entschieden gegen Rechtsextremismus und Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Ausgrenzung vorgehen.

Und deshalb geht es auch bei einem Verbotsverfahren nicht nur um eine symbolische Handlung und schon gar nicht um eine Alibiveranstaltung, die irgendjemanden berechtigt, den viel schwierigeren Kampf, den wir intensiv weiterführen werden, [...] gegen die alltägliche Gewalt und den alltäglichen Rassismus einzustellen. [...]

Und das NPD-Verbot ist dabei nicht die schlussendliche Lösung, aber es ist ein immens wichtiger Baustein in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, deshalb finden Sie hier ausdrücklich auch die Unterstützung der GRÜNEN-Fraktion. [...]"

„ Mit dem NPD-Verbot entkernen wir ein wichtiges Zentrum der Rechtsextremisten. “

Foto: Landtag M-V



Die Mitglieder des Energieausschusses beim Rundgang durch den Leea-Ausstellungsbereich.

Energie-Erlebniswelt

Energieausschuss besuchte Landeszentrum für Erneuerbare Energien in Neustrelitz

Am 23. September nahm das Landeszentrum für Erneuerbare Energien (Leea) in Neustrelitz seinen Betrieb auf. Das Leea informiert nicht nur theoretisch über Energie- und Umweltfragen, sondern macht die Thematik auch anschaulich und praktisch erlebbar. Zu den ersten Besuchern zählte der Energieausschuss des Landtages, der sich am 10. Oktober vor Ort über Organisation, Unternehmensziele, Aufgaben sowie über laufende und geplante Projekte des modernen Informations- und Bildungszentrums informierte.

Das LEEA versteht sich als Energienetzwerk, das Unternehmen eine Präsentations- und Bürgern eine Informationsplattform bieten und Wissen zur Solar- und Windenergie, Wasserkraft, Biomassennutzung und Geothermie anschaulich vermitteln soll. Veranstaltungs- und Bildungsangebote – speziell auch für Schulklassen – sowie Ausstellungen und Konferenzmöglichkeiten runden das Angebot dieses Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien ab. Wesentlicher Bestandteil des Konzeptes ist es, dass sich Unternehmen aus

Foto: www.leea.de



Im Landeszentrum für Erneuerbare Energien in Neustrelitz werden auf einer Fläche von mehr als 2300 m² erneuerbare Energien lebendig.

dem Energiebereich, insbesondere Technikanbieter sowie das Handwerk, und interessierte Bürger direkt vor Ort austauschen können. Ebenso wird versucht, die regionale Wertschöpfung zu verbessern.

Beim Rundgang durch die Energie-Erlebniswelt waren die Ausschussmitglieder besonders beeindruckt von den Ausstellungsbereichen „Energienutzung im Laufe der Menschheitsgeschichte“ und „Ressourcenkammer Erde“, den interaktiven Exponaten, einschließlich der Nutzung von IT-Terminals, sowie den Informationen zu Energieeffizienz und Elektromobilität.

„Das Konzept des Zentrums überzeugt und erfüllt wichtige Funktionen zur Umsetzung der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern“, resümierte der Vorsitzende des Ausschusses **Rudolf Borchert**. Das eingesetzte Geld sei gut angelegt und als Zukunftsinvestition zu verstehen. Das Landeszentrum für erneuerbare Energien wurde auf Initiative der Stadtwerke Neustrelitz GmbH gegründet und über Eigenmittel der Stadtwerke sowie Investitionsmittel des Landes finanziert. Bereits in drei Jahren soll sich das Leea eigenständig finanzieren.

www.leea-mv.de

Neuordnung der Landkreise

Innenausschuss und Finanzausschuss fragen nach

Der Innenausschuss und der Finanzausschuss haben sich am 18. Oktober von der Landesregierung einen Zwischenbericht zur Umsetzung der Landkreisneuordnung in Mecklenburg-Vorpommern geben lassen.

Dies ist allerdings nur ein erster Schritt, denn im Rahmen der Beratung des Kommunalfinanzberichtes 2011 des Landesrechnungshofs hatten die Parlamentarier beschlossen, sich

zum 31. Juli 2013 und dann fortlaufend einmal jährlich zum Fortgang und zur Umsetzung der Landkreisneuordnung berichten zu lassen. Dann sollen insbesondere Handlungs- und Optimierungsbedarfe herausgearbeitet werden. Vorab hat die Landesregierung nun erstmals Stellung genommen, jedoch darauf verwiesen, dass der Zwischenbericht nur eine unvollständige Situationsdarstellung widerspiegeln, da viele Entwicklungen der Landkreisneuordnung noch nicht umgesetzt und abgeschlossen seien.

Die Abgeordneten beurteilten den vom Innenminister vorgestellten Zwischenbericht als eine hilfreiche Grundlage für die weiteren Beratungen. Es sei deutlich geworden, dass die Umsetzung der Kreisgebietsreform ein komplizierter Prozess sei, der große Herausforderungen für alle Beteiligten mit sich bringe. Einigkeit bestand darüber, dass es für eine abschließende Gesamtbeurteilung der Reform noch zu früh ist, da die Umstrukturierungsprozesse noch laufen. Probleme kristallisierten sich bei der Vermögensübertragung von eingekreisten Städten heraus. Außerdem bestehe bei der Ausgestaltung des Aufgabenübergangs an die neuen Landkreise sowie bei Personalfragen noch Klärungsbedarf. An Lösungen werde aber gearbeitet, damit die neuen Organisationsstrukturen in naher Zukunft auch die angestrebten Synergieeffekte freisetzen.

Nachhaltigkeit

Energie-Arbeitsgruppe
der Ostseeparlamentarierkonferenz

Der Abgeordnete Jochen Schulte vertrat am 12. Oktober den Landtag beim vierten Treffen der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ der Ostseeparlamentarierkonferenz.



Jochen Schulte

Vertreter der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Energie-Agentur (dena) informierten die Parlamentarier über Inhalt, Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten der deutschen Energiewende. Außerdem beriet die Arbeitsgruppe die Ergebnisse ihres Beitrags zur 21. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 26. bis 28. August 2012 in St. Petersburg stattfand. Eine Vielzahl ihrer Positionen hatte Eingang in die Schlussresolution gefunden, der am 24. Oktober auch der Landtag M-V zugestimmt hat.

Die Arbeitsgruppe verständigte sich darauf, das Bewusstsein für Energieeffizienz, die Nutzung der damit verbundenen ökonomischen und kommerziellen Chancen, sowie Beispiele für energetische Leuchtturmprojekte stärker in den Fokus ihrer Arbeit zu rücken.

EU-Förderung für M-V

Ausschuss der Regionen beriet
künftige Finanzausstattung

Ausschuss der Regionen



EUROPÄISCHE UNION

Wichtigstes Thema der 97. Plenartagung des EU-Ausschusses der Regionen war die finanzielle Ausstattung der Europäischen Union für den Zeitraum 2014-2020. Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller, der Mecklenburg-Vorpommern im AdR vertritt, zeigte sich nach den Beratungen zuversichtlich, dass das Land auch nach 2013 von EU-Fördermitteln profitieren kann.

Mecklenburg-Vorpommern ist bisher Ziel-1-Region und befindet sich damit in der höchsten Förderstufe der EU. Dies wird sich in der neuen Förderperiode ändern. Zukünftig könnte das Land in eine neue Förderkategorie fallen, die „Übergangsregion“, mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 75 und 90 Prozent des EU-weiten Durchschnitts, und damit weniger Fördermittel erhalten. Jedoch könnte das Land in ein „Sicherheitsnetz“ fallen, das ebenfalls neu geschaffen werden soll. Danach würde bei den bisherigen Ziel-1-Regionen die Förderintensität von 55 bis 75 Prozent beibehalten werden.

Darüber hinaus können zukünftig Regionen, die beim Erreichen der Förderziele am besten abschneiden, mit einer Belohnung rechnen. Mecklenburg-Vorpommern ist bei der Verwendung der EU-Fördermittel bereits in vielen Bereichen Vorreiter mit zahlreichen Modellregionen. So wird das Land als Best-Practice-Beispiel im Bereich Strukturförderung genannt. Erfolgreiche Modellregionen sind beispielsweise Vorpommern-Greifswald und die Mecklenburgische Seenplatte.

Vorpommern-Greifswald hat im Juli als eine von fünf Regionen im Rahmen des Modellvorhabens LandZukunft einen Sonderpreis für innovative Projekte für lebendige ländliche Räume erhalten. Die Mecklenburgische Seenplatte ist bereits wiederholt Modellregion im Aktionsprogramm MORO (Modellvorhaben der Raumordnung), mit dem das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung jährlich mit rund einer Million Euro Projekte und Studien unterstützt, die neue Ansätze in der Raumordnung und der Regionalplanung in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und regionalen Akteuren verfolgen.

Die Einzelheiten der künftigen EU-Förderung werden derzeit in Brüssel beraten. Gerade erst am 9. November sind Verhandlungen der Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten mit dem EU-Parlament über den mehrjährigen Finanzrahmen gescheitert. Spätestens nach dem EU-Gipfel im Dezember sollen die Auseinandersetzungen jedoch beendet sein.



Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 des Schweriner Gymnasiums Fridericianum im Plenarsaal des Landtages, rechts im Bild Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek.

Parlamentsspiel

Schweriner Gymnasiasten schlüpften in die Rolle von Abgeordneten

Das hat Spaß gemacht! Da waren sich die Schülerinnen und Schüler vom Schweriner Fridericianum einig, als sie sich am Ende des Parlamentsspiels im Plenarsaal des Landtages zum Erinnerungsfoto gruppierten. Und auch Sozialkunde-Lehrerin Annette Uffmann war zufrieden – Vorbereitung und Organisationsaufwand hatten sich für diese besondere Art des Unterrichts gelohnt.

Fernab des Klassenzimmers, im Schweriner Schloss, wo sonst die 71 Abgeordneten debattieren und entscheiden, haben die Schweriner Schüler mit Eifer und Freude über das Für und Wider einer Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen beraten. Das I-Tüpfelchen: sie durften wie die richtigen Abgeordneten die Konferenzräume und den Plenarsaal nutzen. Mit allem Drum und Dran: Sitzungsgong, Mikrofone, sogar die Glocke für zu eifrige Zwischenrufer fehlte nicht. Und auch der Imbiss in der Lobby mit wichtigen Gesprächen am Rande gehörte zum Programm. Höhepunkt war natürlich die Debatte im Plenarsaal. Am Ende konnte die Kontra-Fraktion jubeln – sie hatte bei der Schlussabstimmung knapp die Nase vorn. Aber zufrieden waren letztlich alle – mit einem interessanten Schultag im Parlament.

Zeitensprünge

8. Jugendgeschichtstag im Schweriner Schloss

Beim 8. Jugendgeschichtstag stellten am 7. November rund 170 Jugendliche aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns im Schweriner Schloss die Ergebnisse ihrer geschichtlichen Spurensuche vor.

Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek lobte in ihrer Begrüßung die Schülerinnen und Schüler für ihr Engagement. „Ihr



Die Zeitenspringer aus Bützow vom Geschwister-Scholl-Gymnasium und von der Käthe-Kollwitz-Schule erforschten die Geschichte des Pferdemarktes ihrer Stadt.

habt euch Anerkennung verdient – für eure Präsentationen heute, aber vor allem für eure Arbeit der letzten Wochen und Monate“, sagte sie. Es sei etwas anderes, ob man in Büchern lese, was geschehen ist, oder ob man durch konkrete Projektarbeit Einblicke gewinne, die im Geschichtsbuch so nicht vorkämen.

Erstmals war der Plenarsaal Präsentationszentrum und Plenum für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Dass ihr den Sitzungssaal des Parlaments nutzen dürft, ist eine Auszeichnung“, betonte Silke Gajek. „Wir haben das im Ältestenrat so entschieden, weil wir das, was ihr in dem Projekt Zeitensprünge macht, sehr wichtig und gut finden!“

An dem Projekt „Zeitensprünge“ der Stiftung Demokratische Jugend hatten sich landesweit rund 300 Schülerinnen und Schüler beteiligt. Die Themen reichten von Jugendkultur in der DDR, über die Musikszene in der Region, Politik und wichtige Persönlichkeiten oder Abwanderung, über Handel im Wandel der Zeit bis hin zum Antisemitismus im Dritten Reich. Die Stargarder Zeitenspringer erforschten zum Beispiel die Landesirrenanstalt Domjüch; die Jugendlichen der Evangelischen Jugend Güstrow beschäftigten sich mit der Frage „Wo und was ist für den Einzelnen Heimat?“. Interessant war aber auch, dass die „Alte Schule“ in Lübz heute ein Mehrgenerationenhaus ist und dabei ein richtiges Buch mit persönlichen Schulgeschichten der Zeitzeugen entstehen konnte. Dass Spurensuche und Humor sich nicht ausschließen müssen, bewiesen die Zeitenspringer_innen des Jugendgartens „Alte Schmiede“ aus Rostock-Toitenwinkel. Da sie bei der Suche nach Sagen über ihren Ortsnamen keine Überlieferungen finden konnten, dachten sie sich kurzerhand selbst Sagen aus und brachten sie mit Witz und Spielfreude auf die Bühne – zum Vergnügen aller Mitwirkender am Jugendgeschichtstag 2012.



Beim Parlamentsspiel debattierten die Jugendlichen über die Absenkung des Wahlalters für den Landtag auf 16 Jahre und hatten viel Spaß dabei.

Bleiben statt blubbern!

Dialog auf Augenhöhe zwischen Jugendlichen und Abgeordneten

Vom 11. bis 15. November hieß es zum achten Mal: **Jugend im Landtag**. 80 junge Leute aus dem ganzen Land kamen ins Schweriner Schloss, um miteinander und mit den Landtagsabgeordneten über ihre Wünsche, Vorschläge und Forderungen zu diskutieren. Das gemeinsame Beteiligungsprojekt von Landesjugendring und Landtag stand diesmal unter dem Motto „Bleiben statt blubbern!“

„Meine Lehrerin hat von Jugend im Landtag geschwärmt, deswegen hatte ich auch sehr hohe Erwartungen“, sagt die 16-jährige Friederike Hauffe vom Recknitz-Campus in Laage zu Beginn des Projekts. „Und ich muss sagen, die wurden alle erfüllt“, lautet ihr Fazit nach vier arbeits- und erlebnisreichen Tagen.

Nach Landtagsrallye und Parlamentsspiel am Montag arbeiteten die Jugendlichen in sechs Laboren/Workshops zu den Themenfeldern Schule, Kindheit in M-V, Zukunftsperspektiven für junge Leute im Land, ziviler Ungehorsam und

Lebensmittelverschwendung. Abschluss und Höhepunkt war die Präsentation der Labor-Ergebnisse im Plenarsaal. Insgesamt 22 Abgeordnete von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren dabei und diskutierten im Anschluss mit den Jugendlichen über deren Vorschläge und Forderungen. Ergebnis dieses Meinungsaustausches auf Augenhöhe waren auch schon konkrete Verabredungen zur Realisierung einzelner Vorhaben – zum Beispiel mit den Teilnehmenden des Labors „Träumst du noch oder bleibst du schon?“. Hier wurden unter anderem konkrete Nachfragen im Verkehrsministerium, etwa zum 50:50-Ticket und zur besseren Bahnanbindung von Stettin, vereinbart.

„Im Endeffekt haben wir etwas zustande gebracht, was ich nie erwartet hätte, und auch die Abgeordneten haben Begeisterung gezeigt!“, sagt Friederike aus Laage rückblickend. Sie wird in ihrer Schule von „Jugend im Landtag 2012“ berichten und ihre Mitschüler neugierig machen auf das nächste „Jugend im Landtag.“

Jugend im Landtag

Fotos: Katharina Baganz



Abgeordnete von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren zur Präsentation der JIL-Ergebnisse gekommen und diskutierten mit den Jugendlichen über die Vorschläge und Forderungen aus den sechs JIL-Laboren.

Jugend und Politik im Dialog

Voneinander lernen bei „Jugend im Landtag 2012“

Jugend im Landtag



Friederike Hauffe (16)

Recknitz-Campus in Laage
Meine Lehrerin hat von Jugend im Landtag geschwärmt, deshalb hatte ich auch sehr hohe Erwartungen. Und die wurden alle erfüllt. Besonders die Arbeit mit den Abgeordneten hat mir total gut gefallen. Im Endeffekt haben

wir was zustande gebracht, was ich nie erwartet hätte, und auch die Abgeordneten haben Begeisterung gezeigt.



Tim Lopens (17)

Gymnasium Sanitz
Besonders gut bei „Jugend im Landtag“ fand ich, dass sich die Politiker wirklich Zeit für uns genommen haben, auf unsere Fragen einzugehen und unsere Forderungen ernst zu nehmen und sie nicht einfach abzutun.



Dr. Norbert Nieszery, SPD

Das ist eine wunderbare Veranstaltung! Die Jugendlichen sind total aufgeweckt und sehr interessiert, und ich wünsche mir, dass dieser Dialog auch weitergeht. Wir sollten den Dialog zwischen Schülern und Politikern auch an den Schulen intensivieren.



Nicolas Dombrowski (18)

Gymnasium Neukloster
Ich fand schon am ersten Tag das Planspiel sehr interessant. Wir haben Fraktionen gebildet und über das Thema Wahlalter 16 debattiert. Ich war Fraktionsvorsitzender und somit auch ein Redner. Vor dieser Menge an Jugendlichen zu reden, war für mich eine wirkliche Bereicherung und hat Spaß gemacht.



Jutta Gerkan,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es war ein wunderbares, schönes Erlebnis, mit so vielen Jugendlichen hier zu diskutieren. So viele Ideen von den Jugendlichen und Fragen, auch unbequeme Fragen – mir hat es irre viel Spaß gemacht. Die Jugendlichen haben auch so selbstbewusst ihre Statements und ihre Ideen vorgetragen. Das fand ich toll, in dem Alter – unglaublich.



Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE

„Jugend im Landtag“ ist für uns Politiker ein gutes Feedback, ob wir überhaupt mit unseren Forderungen an den Wünschen und Bedürfnissen der Jugendlichen dran sind. Für die Jugendlichen ist es eine schöne Form der Auseinandersetzung mit Politik, dass

sie uns auch mal persönlich kennenlernen. Einfach eine super Sache!



Luise Quinque (14)

Recknitz-Campus Laage
Ich bin zu „Jugend im Landtag“ gekommen, einfach um mich auch selber an der Politik zu beteiligen und nicht nur als Außenstehende zu urteilen. Meine Erwartungen haben sich erfüllt, weil wir verschiedene Themen

bearbeitet und sie dann den Abgeordneten vorgestellt haben. Wir konnten direkt mit ihnen diskutieren und ihnen unsere Ideen vorstellen. Und das finde ich ziemlich cool!



Helmut Holter, DIE LINKE

„Jugend im Landtag“ ist ein Zukunftsprojekt, das sollten wir viel öfter machen! Mir ist klar geworden, was wir im Landtag tun, kommt bei den Jugendlichen nicht an – und was die Jugendlichen machen, kommt viel zu wenig bei uns an.



Nicole Kölpin (15)

Innerstädtisches Gymnasium Rostock
Ich fand es richtig cool und auch das ganze Drumherum hat richtig Spaß gemacht. Eigentlich war ich ohne Erwartungen hier – und jetzt bin ich mit einem Auftrag rausgekommen. Wir treffen jetzt Thomas Krüger und wollen Nachtbusse zu den Dörfern durchsetzen.



Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich finde es total spannend, interessant, hab ganz viel gelacht, und es kommen immer wieder neue Impulse von den Jugendlichen. Ich schätze gerade diesen Austausch, die jungen Leute mit ihren sprühenden Ideen, wir doch manchmal mit unserer Weitsicht, die wir ja oftmals

haben oder haben sollten. Es macht einfach Spaß.

„Jugend im Landtag ist echter politischer Dialog im Sinne der Teilhabe junger Menschen an demokratischen Entscheidungen und somit ehrenamtliche Lobbyarbeit in eigener Sache.“

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider



Jugend im Landtag



Keven Seidel (16)

Gymnasium Sternberg

Ich fand Jugend im Landtag insgesamt sehr toll, weil ich gelernt habe, wie man in der Fraktion an einem neuen Gesetz arbeitet und wie man seine Meinung begründet. Außerdem fand ich es genial, dass sich die Abgeordneten so viel Zeit genommen haben, um mit uns zu diskutieren.



Beate Schlupp, CDU

Jugend im Landtag hat gezeigt, dass viele Jugendliche in unserem Land an Politik interessiert sind und genau wissen wollen, wie Entscheidungen zustande kommen. Besonders positiv empfand ich, dass die Jugendlichen von ihren Vorstellungen abweichende Meinungen respektiert haben und ihnen insbesondere wichtig war, mit ihren Meinungen und Ideen ernst genommen zu werden.



Julian Barlen, SPD

„Jugend im Landtag“ ist eine hervorragende Gelegenheit, das Prinzip der Politik zu leben, was ich mir grundsätzlich wünsche: nämlich dass man nicht eine Trennung hat zwischen „die Politiker“ und „die Jugendlichen“ oder „die Bevölkerung“, sondern dass es ein gemeinsamer Prozess ist, sich darüber zu unterhalten, wie wir die Gesellschaft gestalten wollen.



Jürgen Suhr,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich habe absolut interessierte Jugendliche und junge Erwachsene erlebt. Sie sind mit sehr konkreten Forderungen gekommen – und wenn wir diese Veranstaltung ernst nehmen, dann müssen wir das, was sie fordern und was wir zugesagt haben, jetzt auch umsetzen.



Lisa Prange (22)

Landesvorstand des Landesjugendrings

Für uns ist Beteiligung ein wesentlicher Aspekt der Jugendverbandsarbeit. In den Verbänden wird Beteiligung tagtäglich gelebt. Für uns war es wichtig, auch zu zeigen, dass Jugendbeteiligung eben auch in der Politik möglich ist.



Heinz Müller, SPD

Ich glaube, diese Veranstaltung ist es wert, dass sie zur Tradition wird. Erstens finde ich hier sehr interessante und spannende Diskussionen. Ich finde aber – und das macht die Sache sehr reizvoll – auch andere Formen des Austausches, der Diskussion. Es macht mir sehr viel Spaß. Zugleich ist es ernsthaft, weil die jungen Leute inhaltlich sehr viel beitragen, was die Politik aufnehmen sollte.



Maika Friemann-Jennert, CDU

Mir hat diese Veranstaltung sehr viel Spaß gemacht. Die jungen Leute sind sehr aufgeschlossen, sehr kritisch, aber auch sehr daran interessiert, dass ihre Meinungen von uns Politikern aufgenommen und auch umgesetzt werden. Wir sollten die jungen Leute ernst nehmen und schauen, was wir für sie auf den Weg bringen können.



Jonathan Kloss (15)

Gymnasium Neukloster

Mir hat das Projekt sehr viel Spaß gemacht. Ich bin mit hohen Erwartungen hierhergekommen, weil das bei uns in der Schule so gut vorgestellt wurde. Ich war im Labor „Walk of childhood“. Da konnten wir sehr kreativ arbeiten, und gerade das hat mir gut gefallen. Auch die rote Couch war sehr cool, dass man da so offen reden und diskutieren konnte.



Yvonne Griep (30)

Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings, Projektleiterin

Das Kooperationsprojekt vom Landesjugendring und Landtag ist richtig gut gelaufen. Wir hatten sehr viele Anmeldungen und konnten leider nicht allen zusagen. Aber wir hatten auch online viel Feedback von Jugendlichen, die gern dabei gewesen wären. Besonders gefreut hat mich, dass die Atmosphäre zwischen Abgeordneten und Jugendlichen sehr entspannt war und tatsächlich ein Dialog auf Augenhöhe zustande gekommen ist.

Weitere Statements und Informationen zu „JIL 2012“:

www.landtag-mv.de/Mitmachen

www.jil.inmv.de



Forderungen von Jugend im Landtag



Jugend im Landtag

Labore „Jugend macht Schule“ und „Blöd nach der Schule? – JiL hakt nach“

- alle Schulzweige an einem Standort („Campusschulen“)
- Schulzweig-übergreifende Projekte
- kleinere Klassen
- ausreichend und gut ausgebildete Lehrer_innen mit neuen Lehrmethoden (Seminarmethodik)
- weniger Frontalunterricht, mehr Plan-spiele, Diskussionen etc.
- neue Medien im Unterricht akzeptieren und einsetzen
- praxisbezogener Unterricht
- Lehrpläne entschlacken
- mehr Freiräume für Wahlunterricht-angebote
- landesweit einheitliche Lehrmaterialien
- Sozialkundeunterricht ab der 6. Klasse
- Zulassung zum Abitur nach der mittleren Reifeprüfung
- Flexibilisierungsjahr für das Abitur / Einführung 13. Schuljahr
- Landeskonzept zum längeren gemeinsamen Lernen mit individueller Förderung
- subventionierte Studien-/Klassen-fahrten
- kostenfreies bzw. kostengünstiges gutes Essen für alle Schüler

- bessere Rahmenbedingungen der Schülervertretungen, insb. im ländlichen Raum
- mehr Mitbestimmungsrechte für Schüler- und Elternschaft
- regelmäßiger Kontakt des Bildungsministeriums zu den Schüler_innen

Labor „Walk of childhood“

- Kinder ernst nehmen, respektieren und beteiligen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten
- mehr kinderfreundliche Orte als „nur“ Spielplätze
- mehr Freizeit für Kinder und Jugendliche
- Gruppengrößen in Kitas verkleinern
- Erzieherinnen und Erzieher besser ausbilden
- Kinder im Netz besser schützen
- flexible Arbeitszeiten in Unternehmen

Labor „Träumst du noch, oder bleibst du schon?“

- mehr Freizeitmöglichkeiten und Kultur für Jugendliche, vor allem im ländlichen Raum
- bessere Berufsmöglichkeiten und faire Arbeitsverhältnisse
- bessere Zukunftsmöglichkeiten und sichere Lebenslaufplanung
- bessere Verkehrsanbindungen
- Förderung internationaler Vielfalt
- stärkeres Engagement gegen Rechts
- Enquete-Kommission für Jugendliche

Labor „Ziviler Ungehorsam“

- Bundeswehr raus aus den Schulen
- höhere Löhne für Jugend-/Ferienarbeit
- dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern
- größere Schulkonferenzen in kleinen Schulen
- Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel senken
- Absenkung des Wahlalters
- Abschaffung bzw. Objektivierung der Kopfnoten

Labor „Teller statt Tonne“

- „Lebensmittelmüll“ nutzen – Legalisierung des „Containerns“
- Aufklärung der Bevölkerung zum Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD)
- einheitliche Standards für die MHD der Produkte, die von einer zentralen Stelle festgelegt werden sollten
- Ökobilanz der Produkte kennzeichnen
- mehr Regionalität, insbesondere in den Supermärkten
- Gärtnern in Städten („urban gardening“)
- Gesetzesinitiativen zur Reduzierung des Lebensmittelmülls
- Besteuerung der als Abfall deklarierten Lebensmittel



Foto: Landtag M-V

Vizepräsidentin Silke Gajek, Manuel Holz und Greta Pohl leiteten mit Kompetenz und Spaß die Plenardebatte zur Absenkung des Wahlalters.



Im Plenarsaalcafé diskutierten die Jugendlichen mit Abgeordneten von SPD, CDU, DIRE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN.



Fotos: Katharina Baganz

In sechs Laboren erarbeiteten die Jugendlichen ihre Forderungen und Vorschläge.

Fernwärme für das Schloss

Landtag spart künftig 1000 Tonnen CO₂ ein

Ab der Heizperiode 2013/2014 soll das Schweriner Schloss mit Fernwärme beheizt werden. Dadurch spart der Landtag nach Aussagen von Landtagsdirektor Armin Tebben beim Heizen etwa 280 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ein. Rechnet man die CO₂-Einsparung durch den Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter vor zehn Jahren hinzu, vermeide der Landtag damit dann jährlich rund 1000 Tonnen des klimaschädlichen Gases.

Die Bauarbeiten zum Anschluss des Schweriner Schlosses an das Fernwärmenetz der Stadtwerke Schwerin GmbH kommen gut voran. Davon konnte sich Landtagsdirektor Armin Tebben bei einer Baustellen-Begehung Mitte November überzeugen. Dr. Josef Wolf, Geschäftsführer der Stadtwerke, erläuterte ihm die Arbeiten vor dem Burgseeflügel des Schlosses und auch auf dem Alten Garten.

Nahezu abgeschlossen sind mittlerweile die notwendigen Bauarbeiten, um eine Rohrleitung vom Alten Garten bis zur Schlossinsel führen zu können. Hierfür waren Bohrungen in einer Tiefe von 25 Metern erforderlich, um Schutzrohre unter dem Burgsee einzuziehen zu können. In diese Schutzrohre werden die Fernwärmeleitungen eingebracht, mit denen das Wahrzeichen Schwerins und des Landes an das vorhandene Fernwärmenetz am Alten Garten angeschlossen werden soll. Verantwortlich für die Baumaßnahmen sind die Stadtwerke Schwerin, die auch die Erschließungskosten tragen.



Foto: Cornelius Kettler

Landtagsdirektor Armin Tebben (re.) schaut sich gemeinsam mit Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Josef Wolf (li.) auf der Baustelle um. René Rüdiger erläutert beiden die Arbeiten im Zusammenhang mit der Bohrung.

Im Landtag – Hauptnutzer und Hausherr des Schweriner Schlosses – wird alles für die Umstellung von Erdgas auf Fernwärme zur Heizperiode 2013/2014 vorbereitet. Die erforderlichen Hausanschluss- und Innenarbeiten im Schloss erfolgen im Sommer 2013. Über einen Wärmetauscher wird später die am Übergabepunkt abgenommene Wärme den Heizkreislauf des Schlosses speisen.

Die Entscheidung zum Umstieg auf Fernwärme sei nach Abwägung verschiedener Varianten gefallen, sagte Armin Tebben während der Baustellenbegehung. Der mögliche Austausch der vor rund 20 Jahren eingebauten und nun technisch veralteten Erdgas-Heizung durch eine neue Heizanlage sei dem Fernwärmeanschluss gegenübergestellt worden. Finanziell und unter ökologischen Gesichtspunkten, so der Landtagsdirektor. Die eingesparten Investitionen sowie die wegfallenden Kosten für Wartung, Instandsetzung und Bedienung der Heizung würden die höheren Verbrauchskosten kompensieren. Fernwärme sei im Bezug zwar teurer als Gas, erfordere auf Seiten des Landtages jedoch nicht das Vorhalten teurer Heiztechnik, deren Gesamtkosten zum Gaspreis hinzugerechnet werden müssten. Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sei ein weiteres wichtiges Argument pro Fernwärme.

Foto: Landtag M-V



Weitere Innenhof-Fassade erstrahlt in neuem Glanz

Schritt für Schritt gewinnen die Fassadenabschnitte im Innenhof des Schweriner Schlosses ihren alten Glanz zurück. Ende November konnte die Grundinstandsetzung eines Teils der Fassade im Bereich der so genannten Obotritentreppe abgeschlossen werden. In den oberen Geschossen waren Terrakotten, Medaillonbüsten, das Relief der Megalopolis und verschiedene Inschriften restauriert worden. Im Rahmen der Arbeiten wurden auch Fenster, Fugen und die Dacheindeckung wieder hergerichtet.



(Adressfeld für Abonnenten)



Direktoren und hochrangige Mitarbeiter von insgesamt 14 Parlamenten, darunter auch des Bundestages und des Landtages Niederösterreich, berieten auf Einladung des Direktors des Landtages M-V, Armin Tebben (6.v.r.), Mitte Oktober im Schweriner Schloss zum Thema „Chancen und Risiken des Internets“. Dabei ging es u.a. um die Aktivitäten der Parlamente zur Mitgestaltung der Online-Enzyklopädie Wikipedia, Soziale Netzwerke, die Rolle des Internets bei der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit sowie Chancen und Risiken beim Einsatz mobiler Endgeräte in der parlamentarischen Kommunikation.



Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, eröffnete am 13. November in der historischen Bibliothek des Schweriner Schlosses eine Feierstunde zu Ehren des Schriftstellers Gerhart Hauptmann. Der Geburtstag Hauptmanns jährte sich am 15.11. zum 150. Mal. Das Bundesministerium der Finanzen würdigt den Literaturnobelpreisträger des Jahres 1912 mit der Herausgabe einer Sonderbriefmarke und einer 10-Euro-Gedenkmünze, die in der Feierstunde erstmals öffentlich präsentiert wurden.

Als Horst Menzel aus Burg Stargard seine Karte mit der richtigen Antwort zum Sommerrätsel der Landtagsnachrichten in den Briefkasten steckte, ahnte er nicht, dass Fortuna genau diese Karte für den Hauptgewinn aus dem Lostopf ziehen würde. Umso größer war die Freude, als das Elektro-Fahrrad dann tatsächlich aus Schwerin angeliefert wurde. Künftig werde er die sechs Kilometer bis zu seinem Jagdrevier schneller und komfortabler zurücklegen können, sagte der passionierte Jäger, der auch ehrenamtlich Mitglied der Stadtvertretung Burg Stargard ist.



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes Fest und alles Gute fürs neue Jahr.